

AK Tirol TIROLER ARBEITERZEITUNG

Österreichische Post AG | Postentgelt bar bezahlt | Verlagsort 6020 Innsbruck | RM 12A039146 K

ZEITUNG FÜR ARBEIT UND KONSUMENTENSCHUTZ DER KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE FÜR TIROL

8. JG., JUNI 2016 | NR. 86

KOMMENTIERT

Sozialpartner zeigen Lösungen



AK Präsident Erwin Zangerl

Ob Unternehmer oder Arbeitnehmer – die Zukunft unseres Landes lässt niemanden kalt. Deshalb haben sich die Tiroler Sozialpartner zusammengesetzt, um der Politik Vorschläge zu unterbreiten, wie unser Lebens- und Wirtschaftsstandort auch künftig gesichert werden kann. Die Lebensqualität in Tirol kommt nicht nur von der schönen Landschaft, sie hängt in erster Linie von den Menschen ab: von ihrer Investitionsbereitschaft, ihrer Qualifikation und ihrer Innovationskraft.

Dafür garantieren unsere mehr als 360.000 Beschäftigten, die mit vollem Einsatz tätig sind, und dafür stehen Tirols Betriebe, die auf diese Leistung, ob als Mitarbeiter oder als Konsumenten, setzen können. Leben und leben lassen, lautet die Devise. Tirols Arbeitnehmer benötigen Verlässlichkeit, um sich ihre Lebensgrundlagen schaffen zu können. Eine der wichtigsten ist das Wohnen. Junge Familien geraten in zunehmende Probleme, einen Haushalt zu gründen oder sich gar Eigentum zu schaffen. Auch die zahlreichen Klein- und Mittelbetriebe und die tausenden Ein-Personen-Unternehmen leiden darunter. Für parteipolitische Spiele ist das Thema zu ernst. Die Menschen brauchen Perspektiven, um sich Wohnen leisten zu können. Die Tiroler Sozialpartner haben die richtigen Antworten auf diese Lebensfrage gegeben. Jetzt ist die Politik am Zug, diese Vorschläge umzusetzen.

Wo sollen wir wohnen?

Vorschläge. Immer weniger Menschen können sich Wohnen in unserem Land leisten. Die Tiroler Sozialpartner haben ein Zehn-Punkte-Programm erstellt und dem Land übergeben. Jetzt sind die verantwortlichen Politiker am Zug.

Die Entwicklung am Tiroler Wohnungsmarkt ist alarmierend. Viele Menschen sind mit unverhältnismäßig hohen Mietpreissteigerungen und einer zunehmenden Verknappung an leistbaren Wohnungen konfrontiert. Besonders gravierend ist die Tatsache, dass die Mieten in den letzten zehn Jahren deutlich stärker gestiegen sind als die allgemeine Teuerung und die Entwicklung der Löhne.

„Eine menschenwürdige Beschäftigung, von der man leben kann, sowie ein leistbares Dach über dem Kopf sind die Voraussetzungen für ein Leben in Würde. Daher ist Wohnen ein Grundbedürfnis und ein Menschenrecht“, sagt AK Präsident Erwin Zangerl: „Wir stellen fest, dass derzeit eine

„Tirol wird immer mehr zum Spekulationsland für Grundstücke und Wohnungen.“

Erwin Zangerl, AK Präsident

Verknappungspolitik betrieben wird. Tirol wird immer mehr zum Spekulationsland für Grundstücke und Wohnungen. Für uns ist klar: Tirol braucht eine Wohnbauoffensive. Durch geförderten Wohnbau müssen in den nächsten Jahren zusätzlich 2.000 leistbare Wohnungen im städtischen Bereich und in Summe 5.000 Wohnungen in ganz Tirol

errichtet werden. Das schafft nicht nur Arbeitsplätze, sondern bringt durch das Mehr an Angebot auch eine Reduktion der Mietpreise.

Begleitend dazu braucht es eine zügige Wiedereinführung der Zweckwidmung der Wohnbauförderungsmittel sowie der Rückflüsse. Damit stehen mehr Gelder für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung. Derzeit werden bis zu 60 Mio. Euro an Wohnbauförderungsmitteln jährlich fremdverwendet.“

Zangerl erinnert daran, dass sich Arbeiterkammer, ÖGB und Diözese Innsbruck bereits seit einigen Jahren mit der drängenden Frage der Wohnungsarmut in Tirol beschäftigen und im Rahmen mehrerer Untersuchungen und Analysen von namhaften Wohn- und Finanzexperten dem zuständigen Landes-

rat Verbesserungsvorschläge unterbreitet haben.

Zangerl: „Ich appelliere nachdrücklich an den Wohnungslanderrat, jetzt endlich Nägel mit Köpfen zu machen. Obwohl er seit drei Jahren im Amt ist, ist die Problematik akuter denn je. Er muss endlich in eine Umsetzungsphase kommen, soll das Wohnproblem nicht neuerlich zu einer Wahlauseinandersetzung verkommen.“

Wie brennend das Thema ist, beweisen die Tiroler Sozialpartner mit einem gemeinsamen Zehn-Punkte-Programm für leistbares Wohnen. Fachleute von AK, Gewerkschaft, Wirtschaftskammer, Landwirtschaftskammer und Industriellenvereinigung haben ganz konkrete Forderungen beim Land deponiert. Mehr dazu auf den Seiten 2 und 3

ZAHLENSPIELE



... nur **0,7 Prozent** der österreichischen Sozialausgaben entfallen auf die Mindestsicherung. Gemessen an Tirol waren hier 2010 1,6 % der Bevölkerung auf Mindestsicherung angewiesen, 2014 waren es 2,1 % (15.220 Personen). Bedenklich ist der Anteil jener Personen, die die Mindestsicherung nicht in Anspruch nehmen: Er liegt bei ca. 50 %, obwohl 14 % der Menschen in Tirol (ca. 100.000) armutsgefährdet sind. Erschreckend ist auch der hohe Anteil an unterstützten Kindern – ihre Zahl stieg von 2010 bis 2014 um 72 %.

SOMMERSCHULE

Mit der AK zum Lernerfolg



Nicht mehr lange, dann sind Ferien. Aber selbst wenn das Zeugnis eine Enttäuschung war, ist das kein Grund zum Verzagen. Mit der AK Sommerschule von 1. bis 26. August führt Lernen zum Erfolg – egal, ob ihr euch auf einen Nachzopf vorbereiten müsst oder fit ins neue Schuljahr starten wollt. Das beste daran: Die Kurse finden tirolweit statt und sind auch leistbar! Angeboten werden die Fächer Deutsch, Mathematik, Latein, Englisch, Rechnungswesen, Französisch und Italienisch. Teilnehmen können Schüler ab der 5. Schulstufe. Infos zu Kosten und Anmeldung gibts auf Seite 11. Mehr auf ak-tirol.com

DIE STIMMUNG IN TIROL

Politisch kritisch, privat zufrieden



Die Stimmung in Tirol ist derzeit zwiespältig. Während die Tirolerinnen und Tiroler mit ihrer privaten Lebenssituation sehr zufrieden sind, wird die politische Entwicklung im Land kritisch beurteilt, die Zukunftsdynamik wird vermisst. Das ergibt das große AK Stimmungsbarometer. Man sorgt sich um Arbeitsplätze, Flüchtlingsproblematik und teures Wohnen. Tempo 100 auf Autobahnen wird mehrheitlich kritisiert, die Mindestsicherung zu 82 % befürwortet. Lesen Sie alle Details zur AK Umfrage auf den Seiten 6 und 7.

ZITIERT THEMA WOHNEN

„Die Sozialpartner leisten mit diesem Impulsprogramm einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung des Landes.“



Günther Platter, Landespräsident

„Jetzt geht es darum, beim Wohnen für Nachhaltigkeit zu sorgen, damit junge Familien in Tirol eine gute Zukunft haben.“



Erwin Zangerl, AK Präsident

„Das Land muss eine Lösung finden, wie die gewaltigen Baulandreserven mobilisiert werden können.“



Eduard Fröschl, IV Vizepräsident

„Wichtig ist ein zukunftsorientierter und sparsamer Einsatz der Ressource Boden, etwa durch Nachverdichtung.“



Josef Hechenberger, LK Präsident

„Zusätzliche Studentenwohnungen und mehr sozialer Wohnbau sind sinnvolle Maßnahmen.“



Otto Leist, ÖGB Vorsitzender

„Die ständig steigende Zahl an Auflagen, Normen und Bestimmungen steht leistbarem Wohnen immer mehr im Wege.“



Jürgen Bodenseer, WK Präsident



Fotos: AK Tirol/Friedle

„Das Land stellt zusätzlich zum bestehenden Wohnbaubudget 53 Millionen Euro zur Verfügung.“



Johannes Tratter, Landesrat

Die Tiroler Sozialpartner werden in den nächsten Monaten weitere Vorschläge zur Zukunft des Landes vorlegen. Als erster Schritt wurde das Wohnpapier an LH Günther Platter übergeben. Im Bild von links: LK-Präs. Josef Hechenberger, AK-Präs. Erwin Zangerl, ÖGB-Vors. Otto Leist, LH Günther Platter, LR Johannes Tratter, WK-Präs. Jürgen Bodenseer und IV-Vizepräs. Eduard Fröschl.

Wohnen kann billiger sein

Lösungen. Die Tiroler Sozialpartner haben ihr Impulsprogramm zum Thema erschwingliches Wohnen dem Land übergeben. Jetzt muss zügig gehandelt werden.

In den letzten sechs Monaten haben die Tiroler Sozialpartner in drei Arbeitsgruppen Forderungen zu mehreren landespolitisch wichtigen Themen ausgearbeitet. Der erste Schwerpunkt, der nun gemeinsam erstellt wurde, gilt dem Thema „Leistbares Wohnen in Tirol“. Dafür hat die Sozialpartner-Arbeitsgruppe „Wohnen“ ein fünfseitiges Forderungsprogramm erarbeitet, das in der AK Tirol von den Spitzen der Sozialpartner an LH Günther Platter übergeben und gemeinsam ausführlich besprochen wurde.

Das Forderungsprogramm zum Thema „Leistbares Wohnen“ enthält viele Vorschläge, die einmal mehr beweisen, wie sehr die Sozialpartner ihr gemeinsames Ziel für eine positive Zukunft im Land vor Augen haben. Das Sozialpartner-Programm „Leistbares Wohnen in Tirol“ enthält mehrere Punkte, die umgesetzt werden müssen. Unter

Das Land muss jetzt handeln

Um die Überhänge an bereits gewidmetem Bauland besser zu mobilisieren, fordern die Tiroler Sozialpartner vom Land eine bessere gesetzliche Ausgestaltung der Vertragsraumordnung. Vor allem bedarf es landesweiter Vorgaben, wie etwa Planungsentscheidungen mit privatrechtlichen Vereinbarungen verknüpft werden sollen. Um die hohen Leerstände an Wohnungen bzw. altersadäquate Wohnungsgrößen anbieten zu können, wollen die Sozialpartner ein Anreizsystem umgesetzt haben, wodurch es älteren Menschen leichter möglich gemacht wird, eine kleinere und für sie passendere Wohnung zu beziehen. Die wichtigsten Forderungen finden Sie auf der Seite rechts.

anderem sowohl die Zweckbindung der Wohnbauförderung für den Wohnbau samt aller Rückflüsse, als auch die Senkung der Baukosten u. a. durch ein umfassendes Senkungs-Programm, die Wiedereinführung des „Besonderen Mietwohnbaus“, eine neue Widmungskategorie „geförderter Wohnbau“ für Umwidmungen von Grundstücken sowie die Verdichtung bei bestehenden Gebäuden.

Die Sozialpartner bekennen sich zum sozialen Wohnbau und fordern bis zum Jahr 2020 in ganz Tirol den Bau von zusätzlichen 500 Wohnungen pro Jahr, eine faire Baurechtsregelung nach dem Beispiel Deutschland, eine aktivere Widmungspolitik der Gemeinden, sowie einheitliche Regelungen bei der Mietzins- und Annuitätenbeihilfe in allen Gemeinden.

Um die soziale Treffsicherheit gezielter zu gewährleisten, sollte die Höhe des Haushaltseinkommens

in Fünf-Jahres-Intervallen erstmals nach 15 Jahren evaluiert werden. Überschreiten die Einkommenshöchstgrenzen wesentlich die Bestimmungen der Tiroler Wohnbauförderung, sollte die Miete an die ortsübliche Vergleichsmiete herangeführt werden und diese Beiträge als Solidarabgabe besonders den einkommensschwachen Mietern zugutekommen.

Zur Entlastung der Mietpreise im Großraum Innsbruck schlagen die Tiroler Sozialpartner die rasche Errichtung von Studentenwohnanlagen vor. Etwa durch den Bau von zwei Studentencampus mit insgesamt 1.500 zusätzlichen Wohnplätzen, die Wohn- und Heimcharakter haben, jedoch dem Lebensstil von jungen Menschen besser entsprechen. Das Projekt 5-Euro-Wohnen sollte auch für gewerbliche Bau-träger möglich sein, wodurch billiger Wohnraum eine größere Breite erfahren würde.

EINFACH GEWINNEN MIT DER AZ

Mitmachen & gewinnen.

Wenn Sie Karten für eine der Veranstaltungen gewinnen wollen, mailen Sie an ak@tirol.com, schicken Sie ein Fax an 0512/5340 - 1290 oder schreiben Sie an AK Tirol, Maximilianstraße 7, 6020 Innsbruck, Stichwort: „Festival der Träume“, „Hannah“ bzw. „Le Play“. Name, Adresse, Telefonnummer und Terminwunsch - bei „Festival der Träume“ und Hannah - bitte nicht vergessen!

Einsendeschluss: 11. Juli 2016

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen, keine Barablöse möglich.

JULIAN LE PLAY ZUGVÖGEL

Eigentlich heißt Julian Le Play ja Julian Heidrich und ist erst Anfang 20, trotzdem ist er bereits eine fixe Größe im Musik-Geschäft. Mit seinen Alben „Soweit Sonar“, „Melodrom“ und der jüngsten Veröffentlichung „Zugvögel“ hat sich der Wiener eine breite Fangemeinde ersungen. Le Play punktet mit Songs voll Intensität und Gefühl, manchmal sind sie melancholisch, tief und episch, dann wieder positiv, bunt und verträumt. Wer den Künstler und die Rockband Tagträumer als Einheber live erleben will, sollte beim Gewinnspiel der AZ mitmachen (siehe links). Denn am 2. September gastiert Le Play auf seiner Zugvögeltour ab 20 Uhr auf der Festung Kufstein.



Julian Le Play am 2. September in Kufstein



Tirol Traum am 5. August in Innsbruck.

FESTIVAL DER TRÄUME ÜBERMUT

Auch heuer lockt das international renommierte Festival der Träume - diesmal unter dem Motto „Übermut“ - mit zahlreichen hochkarätigen Künstlern und Attraktionen. Leser der Tiroler Arbeiterzeitung haben die Gelegenheit, im Spiegelzelt vor dem Innsbrucker Landestheater live dabei zu sein. Karten zu gewinnen gibt es für Bernard Massuir, den Bobby McFerrin der Kleinkunsthöhle (3. August), Tirol Traum - Tirol in besonderen Bildern (5. August), die Micro Band (Klassik-Comedy vom Feinsten, 7. August) und für die Show der Starken Typen, das kultige Variété-Unikat (12. August). Einlass jeweils ab 20 Uhr, Teilnahmebedingungen siehe links.

HANNAH LIVE AUFSTIEG

Zarte Romantik, Nachdenkliches und vor allem ausgelassener Partyspaß: Das ist der Mix, mit dem Alpen-Queen Hannah ihre Fans in Scharen zu den Konzerten lockt. Für die Tirolerin gibt es mittlerweile keine strengen musikalischen Regeln mehr, denn den Volksmusik und Schlager folgen müssen - dies stellt sie auch auf ihrem neuen Album „Aufstieg“ unter Beweis. Wer Hannah auf ihrer Tour live erleben will, kann dies mit der Tiroler Arbeiterzeitung (siehe links). Mit ein bisschen Glück gibt es Karten für Hannahs Auftritte in Kufstein (Stadtsaal, 13. Oktober) oder in Schwaz (SZentrum, 20. Oktober). Beginn der Konzerte jeweils um 20 Uhr.

1 Gelder zweckbinden

2009 wurden die für Wohnbau und Wohnhaussanierung zweckgewidmeten Wohnbauförderungsmittel (Wbf) des Bundes abgeschafft. Dadurch werden bis zu 60 Mio. Euro jährlich vom Land fremdverwendet.

Die Sozialpartner fordern eine rasche, freiwillige Zweckbindung dieser Mittel, sodass dadurch leistbares Wohnen in Tirol weiterhin möglich ist. Die Wiedereinführung der Zweckwidmung der Bundesmittel (139 Mio. Euro pro Jahr) sowie der Rückflüsse aus Tilgung und Zinsen ist notwendig, um langfristig einen stabilen Einnahmestrom für die Wohnbauförderung zu sichern.

2 Kosten senken

Durch immer mehr technische Vorgaben in der TBO, Normen und Richtlinien sowie ökologische Standards in den WBF-Richtlinien steigen die Baukosten. Mit steigenden Grundstückspreisen führt dies zu immer höheren Gesamtbaukosten.

Die Sozialpartner fordern die kritische Durchsicht aller landesgesetzlichen Regelungen zur Senkung der Kosten.

Die Sozialpartner fordern die Widmungskategorie „geförderter Wohnbau“ auf Gemeinde-, Bezirks- und Landesebene. Dadurch soll bei Umwidmungen ein Teil des Grundstückes für den geförderten Wohnbau günstig bereitgestellt werden.

3 Bauland mobilisieren

In zahlreichen Tiroler Gemeinden und Städten gibt es erheblichen Überhang an gewidmetem Bauland, das aber nicht für Bebauung zur Verfügung steht. Gemeinden müssen immer wieder neue Flächen umwidmen, um Bauprojekte umsetzen zu können. Die Lenkungsmaßnahmen für die Kommunen sind beschränkt. Neben nur zögerlich vorgenommenen Rückwidmungen wird zunehmend das Instrument der „Vertragsraumordnung“ genutzt.

Die Sozialpartner fordern bessere gesetzliche Vorgaben im Sinne einer mobilisierenden, bodensparenden und nachhaltigen Verwendung des Bodens. Es sollen landesweit Vorgaben gelten, wie Planungsentscheidungen mit privatrechtlichen Vereinbarungen verknüpft werden.

4 Verdichtete Bauweise

Die Sozialpartner fordern: Höhere Dichten sind zu genehmigen, wo es möglich und vom Ortsbild her verträglich ist. Die Nachverdichtung bei bereits bestehenden Gebäuden ist zu forcieren und zu fördern. Verdichtete Bauweise verringert die Baukosten und benötigt weniger Grund, vor allem im städtischen Bereich. Auf gleicher Fläche kann mehr Wohnraum geschaffen werden.

5 Besonderer Mietwohnbau

Die Sozialpartner fordern: Durch die Wiederbelebung des besonderen Mietwohnbaus (BMW) sollen die Kosten gesenkt werden und zwar bei Grundbeschaffung, bei Finanzierung und beim Betrieb sowie durch Leistungen der gemeinnützigen Bauvereinigungen oder der Gemeinden.



Punkte, die das WOHNEN in Tirol wieder leistbar machen

Aktive Sozialpartner. Mit einem Zehn-Punkte-Impulsprogramm sollen gemeinsam mit dem Land Nägel mit Köpfen gemacht werden, damit Wohnen in Tirol wieder bezahlbar wird. Von der Senkung von Kosten über die Mobilisierung von Bauland bis hin zu einheitlichen Beihilfen und mehr Fairness im Baurecht reichen die Vorschläge. Das Wohnprogramm ist Auftakt für weitere Maßnahmenpakete, die die Sozialpartner in den kommenden Monaten vorlegen werden.



6 Schaffung von mehr Wohnraum

Aufgrund der Bevölkerungsprognosen ist in den kommenden Jahren mit deutlichem Wachstum im städtischen Bereich zu rechnen. Um eine weitere Verschärfung der Wohnknappheit zu vermeiden, ist der soziale Wohnbau zu forcieren.

Die Tiroler Sozialpartner fordern, bis zum Jahr 2020 jährlich zusätzlich 500 weitere Wohnungen im städtischen Bereich zu errichten. Nur wenn das Angebot größer als die Nachfrage ist, fallen die hohen Mietpreise.

7 Wohnungen zum Start für Junge

Die Sozialpartner fordern den Neubau zahlreicher kleinerer Mietwohnungen mit befristeten Verträgen nach Vorbild des besonderen Mietwohnbaus, um jungen Arbeitnehmern eine Haushaltsgründung und den Einstieg ins Berufsleben zu erleichtern.

8 Campus für Studenten

Innsbruck wächst schneller als jede andere Region in Österreich und hat die meisten Studierenden in Relation zur Bevölkerung. Dieser an sich erfreuliche Umstand treibt jedoch die Mietpreise nach oben.

Die Sozialpartner fordern zusätzliche 1.500 Wohnplätze. Möglich gemacht werden soll dies durch die Errichtung von zwei Studentencampus, die Wohncharakter haben sollen. Um die Auslastung der Studentenwohnheime sicherzustellen, soll die Mietzinsbeihilfe für Mietwohnungen nur jenen Studenten gewährt werden, die seit mindestens zwei Jahren ihren Hauptwohnsitz in Innsbruck haben.

9 Einheitliche Beihilfen

Für die Mietzins- und Annuitätenbeihilfen benötigt es einheitliche Regelungen in allen 279 Tiroler Gemeinden. Derzeit ist der Zugang zu Mietzins- und Annuitätenbeihilfe sehr unterschiedlich.

Die Sozialpartner fordern entsprechende Initiativen im Tiroler Gemeindeverband und eine Beschlussfassung im Tiroler Landtag.

10 Fairness im Baurecht

Wegen hoher Grundstückspreise kaufen immer mehr Tiroler eine Eigentumswohnung im Baurecht. Käufer sparen sich zwar zunächst die Bezahlung hoher Grundkosten, dafür bezahlen sie einen monatlichen Baurechtszins an den Baurechtsgeber.

Die Sozialpartner fordern eine faire Baurechtsregelung, wonach der Wert der bebauten Liegenschaft bei Baurechtsende – etwa wie in Deutschland – berücksichtigt wird. Dort sind zwei Drittel des Verkehrswertes, den ein Sachverständiger ermittelt, abzulösen. Im Gegenzug erhält der Baurechtsgeber das Gebäude.



Vergleichen zahlt sich aus

Wollten Sie immer schon wissen, ob Sie entsprechend Ihrer Qualifikation und Ihres Könnens bezahlt werden? Beim Gehaltskompass des AMS finden Sie Vergleichswerte zu den Gehältern von fast 1.800 Berufen, die den durchschnittlichen Brutto-Einstiegs-Gehältern entsprechen. Außerdem erfahren Sie, wie hoch das durchschnittliche Einkommen in Ihrem Bundesland ist. Wer sich beruflich verändern will, findet zudem ein Lexikon aller gängigen Berufe inklusive der durchschnittlichen Einstiegsgehälter sowie der Ausbildungsanforderungen. **Alles unter [gehaltsskompass.at](#)**

Einkommens-Rechner für Frauen

Wer weiß, was in seiner Branche im Schnitt bezahlt wird, hat bei Gehaltsverhandlungen die besseren Argumente. Für mehr Transparenz bei den Einkommen sorgt der Gehaltsrechner auf der Homepage des Frauenministeriums. Mit ihm erfahren Sie, ob Ihr Entgelt dem entspricht, was männliche Kollegen verdienen. Ergebnisse sind der Brutto-Monatsverdienst im Schnitt, die Spanne, in der das Einkommen mit 95-prozentiger Sicherheit liegt und der durchschnittliche Einkommensnachteil von Frauen gegenüber Männern. **Mehr unter [gehaltsrechner.gv.at](#)**

BERUF GUT VORBEREITET

Mit dem Chef ums Geld verhandeln



Foto: wege/fotolia.com

Über Geld zu reden, ist vielen unangenehm. Aber bei Gehaltsverhandlungen heißt es, keine Scheu zu haben und sich bestens vorzubereiten.

Informieren Sie sich beim Betriebsrat oder der Gewerkschaft, was speziell im Betrieb oder in der Branche für Ihre Tätigkeit bezahlt wird. Oder nutzen Sie den Gehaltskompass und den Gehaltsrechner (siehe links oben). So erhalten Sie einen Überblick.

Zufällige Treffen am Gang oder in der Kantine sind kein guter Anlass, um übers Geld zu reden. Also vereinbaren Sie einen Termin und achten Sie darauf, dass genügend Zeit für ein ausführliches Gespräch besteht. Und dann heißt es, den Nutzen, den Sie für das Unternehmen einbringen, ins rechte Licht zu rücken. Listen Sie alle Aufgaben auf, die Sie neu übernommen haben, alle Tätigkeiten, die Sie gut machen, alle Verbesserungen, die Sie angeregt oder eingeführt haben, und alle Fortbildungen, die Sie gemacht haben.

Gut ist auch, wenn Sie Ideen haben, wie Sie sich im nächsten Jahr noch besser einbringen können. Dabei gilt: Nicht zu bescheiden sein. Nur wer von sich selbst überzeugt ist, kann auch sein Gegenüber von sich begeistern.

Meiden Sie persönliche Argumente, wie etwa „Mein Gehalt reicht hinten und vorne nicht zum Leben“. Am besten ist, man legt sich einen Plan B zurecht, falls die Chefin oder der Chef mit den Forderungen nicht gleich mitgehen können. Überlegen Sie sich, mit welcher geringeren Variante Sie leben können oder vereinbaren Sie einen neuen Gesprächstermin in einem halben Jahr. Fassen Sie am Ende des Gesprächs die Ergebnisse zusammen, damit es keine Missverständnisse gibt. Und wenn es nicht gleich geklappt hat, war das schon eine gute Vorbereitung auf den nächsten Termin.

Wenig Transparenz bei Gehalt

Armutszeugnis. Eine Erhebung der AK hat ergeben: Bei immerhin 58 Prozent der Stellenanzeigen in Tiroler Medien fehlen die Gehaltsangaben. Das Gesetz ist zahnlos!

Seit März 2011 muss in Stellenanzeigen von Privatunternehmen angeführt sein, wie viel man im Beruf mindestens verdient, und zwar in der betragsmäßigen Höhe. Auch das Land hat sich bereit erklärt, Stellen gehaltstransparent auszuscheiden.

Die AK Tirol hat im Februar und März 2016 in der Samstagsausgabe der Tiroler Tageszeitung, in basics und den Tiroler Bezirksblättern die Stellenanzeigen auf Gehaltsangaben durchforstet. Das erschreckende Ergebnis: Die Meldemoral der Betriebe sinkt immer weiter. Insgesamt 6.481 Stellenanzeigen wurden kontrolliert, davon enthielten 2.688 Inserate eine Gehaltsangabe, bei immerhin 3.793 fehlte diese. Das ergibt heuer eine „Kriminalitätsquote“ von 58,5 %!

Großbetriebe. Je nach „Betriebsart“ betrachtet ergibt sich ein differenziertes Bild: Mit der Verpflichtung zur Gehaltsangabe in Stellenanzeigen können offenbar nur Personalberatungs- und Arbeitskräfteüberlassungs-



Foto: kues1/fotolia.com

firmen professionell umgehen. Erschreckend ist, dass auch bei Großbetrieben mit mehr als 500 Beschäftigten derart oft das Gesetz verletzt wird. Bei diesen, die ja meist über eigene Personalabteilungen verfügen, geht die Tendenz sogar stark nach oben. Denn im Jahr 2013 wiesen immerhin 91,16 % der Stellenanzeigen von Großbetrieben eine Gehaltsangabe auf, 2015 nur noch 71 % und 2016 überhaupt nur noch 66 %. Die Klein- und mittleren Unternehmen haben sogar geschafft, die ohnehin schlechten Ausgangswerte der letzten Jahre (2014: 61,44 %, 2015: 64,94 %) nochmals zu unterbieten: Heuer sind es 65,6 % ihrer Inserate, die keine Gehaltsangaben aufweisen.

Aber darf das tatsächlich verwundern? Der öffentliche Dienst bietet ein denkbar schlechtes Vorbild (71 % der Stellenanzeigen

Kaum zu glauben: Gehaltsangaben in Stelleninserate fehlen oft.

von Bund und Universitäten und 52 % von Land und Gemeinden waren ohne Gehaltsangabe).

Es zeigt sich deutlich, dass, ausgehend von einem ohnehin schon erschreckend hohen Niveau im Jahr 2013, immer mehr Arbeitgeber die gesetzliche Verpflichtung zur Gehaltsangabe in Stellenanzeigen nicht einhalten. Die Hoffnung, dass im Verlauf der Zeit durch Bewusstseinsbildung und Aufklärung fast alle Stelleninserate Gehaltsangaben aufweisen, hat sich daher völlig zerschlagen.

Anzeigen. Das Gesetz selbst ist völlig zahnlos. Denn anders als bei sonstigen Verwaltungsstraftatdelikten kann nicht jeder Staatsbürger über seine Anzeige hin ein Verwaltungsstrafverfahren einleiten, sondern das Gesetz verlangt ausdrücklich einen Strafantrag entweder des Stellenbewerbers oder der Anwältin bzw. Regionalanwältin für die Gleichbehandlung von Männern und Frauen in der Arbeitswelt.

AK Präsident Erwin Zangerl: „Was ist ein Gesetz wert, wenn Verstöße nicht geahndet werden? Da wundert es nicht, dass viele Arbeitgeber diese Bestimmungen bewusst verletzen. Wir verlangen, dass auch AK und ÖGB das Recht eingeräumt wird, Übertretungen anzuzeigen.“

TIPPS GUT INFORMIERT

Wichtiges für Leiharbeiter

Die Leiharbeit, genauer gesagt die Arbeitskräfteüberlassung, hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Der Schutz von überlassenen Arbeitskräften wird dadurch gewährleistet, dass die Überlassung ohne ausdrückliche Zustimmung der Arbeitnehmer ausgeschlossen ist. Der Verleiher (Überlasser) muss über die Arbeitsbedingungen eine schriftliche Grundvereinbarung (Dienstzettel) und eine Überlassungsmittelung ausstellen.

Welche Regeln sonst noch einzuhalten sind, steht in der neu aufgelegten AK Broschüre „Leiharbeit“. Am besten gleich anfordern unter 0800/22 55 22 - 1432 oder herunterladen auf [ak-tirol.com](#)

Konkurrenzklauseln abschaffen

Knebelverträge. Beschäftigungsverbots-Klauseln schränken Betroffene in ihrem Berufsleben massiv ein, sind längst überholt und gehören endlich verboten!

Beim Anblick von Konkurrenzklauseln im Arbeitsvertrag ist die Freude über den neuen Job auch gleich wieder getrübt. Denn was passiert, wenn man den Arbeitsplatz wieder wechseln möchte? Was bedeutet das für die Zukunft des Arbeitnehmers? Eine enorme Einschränkung auf jeden Fall!

Immer mehr Arbeitnehmer haben Konkurrenzklauseln im Vertrag stehen. Sie müssen sich damit verpflichten, nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses nicht in der Branche des ehemaligen Arbeitgebers tätig zu werden, und zwar bis zu ein Jahr lang. Wer sich nicht daran hält, hat mit emp-

findlich hohen Konventionalstrafen zu rechnen.

Das erschwert den Arbeitsplatzwechsel erheblich. Arbeitnehmer werden gezwungen, bis zu ein Jahr lang mit anderen Beschäftigungen weniger zu verdienen und auf ihren bisherigen Lebensstandard für sich und ihre Familie zu verzichten. Außerdem liegt ihr Know-how in diesem Bereich dann ein Jahr lang brach. „Das ist reine Schikane und gleicht Knebelverträgen. Konkurrenzklauseln schränken Beschäftigte in ihrem Berufsleben massiv ein, und kosten oft zig tausende Euro“, fordert AK Präsident Erwin Zangerl deren gänzliche Abschaffung.

Zwar gelten seit heuer über Druck der AK für neu abgeschlossene Verträge Verbesserungen bei Konkurrenzklauseln. Dennoch stammen diese ursprünglich aus dem Angestelltengesetz von 1921. Seit damals hat sich in anderen Rechtsbereichen viel verändert, wodurch die Unternehmen gegen unzulässige Konkurrenz ausreichend geschützt sind: Der Verrat von Betriebsgeheimnissen wird strafrechtlich belangt, es gibt das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb und teure Ausbildungen können durch Vereinbarungen von Ausbildungskostenrückerstattung abgesichert werden. Also spricht nichts gegen ein gesetzliches Verbot von Konkurrenzklauseln.

AK INFO

Das gilt derzeit

Eine Konkurrenzklausele gilt höchstens bis zu einem Jahr und zwar für den Geschäftszweig des ehemaligen Arbeitgebers. Eine solche Klausel darf seit Ende des letzten Jahres bei neuen Arbeitsverträgen nur noch bei Monatseinkommen ab 3.240 Euro brutto zum Tragen kommen und nur bei Kündigung durch den Arbeitnehmer, bei einvernehmlicher Auflösung, bei berechtigter Entlassung sowie unberechtigtem vorzeitigem Austritt.

FALTER JETZT ANFORDERN

Was Geringfügige wissen sollten

Wer derzeit weniger als 415,72 Euro monatlich brutto oder 31,92 Euro pro Tag verdient, gilt als geringfügig beschäftigt. Ein regelmäßig geringfügig Beschäftigter hat die gleichen Rechte wie ein Teil- oder Vollzeitbeschäftigter.

Aber Minijobber sind nur unfallversichert. Es gibt jedoch die Möglichkeit, auf freiwilliger Basis um 58,68 Euro monatlich eine Kranken- und Pensionsversicherung abzuschließen.

Im neuen AK Falter „Geringfügige Beschäftigung“ sind alle wichtigen arbeits-, sozial- und steuerrechtlichen Bestimmungen zusammengefasst. Anzufordern unter 0800/22 55 22 -1432 oder zum Herunterladen auf ak-tirol.com



Tipptopp beim Recht im Job

Gerechtigkeit muss sein, vor allem auch am Arbeitsplatz. Doch die Realität sieht leider oft ganz anders aus. Damit Beschäftigte Bescheid wissen und nachlesen können, was erlaubt ist, und wo sie aufpassen müssen, gibts die leicht verständliche AK Broschüre „Arbeitsrecht griffbereit“.

Darin finden Arbeitnehmer das Wichtigste zu Arbeitsvertrag, Dienstzettel, Urlaubsrecht, Krankenstand, geringfügiger Beschäftigung, Abfertigung, Betriebsübergang, Pflegefreistellung, Kündigung oder Entlassung. AK Mitglieder können die handliche neu aufgelegte Broschüre einfach herunterladen auf ak-tirol.com oder kostenlos anfordern unter 0800/22 55 22 - 1432. Denn nur wer sein Recht kennt, kann es auch durchsetzen!

So viel ist eine Überstunde wert

Durchblick. Abrechnungen von Mehrarbeit sind für Beschäftigte oft nicht verständlich. Wie Sie Ihren Überstundengrundlohn selbst ganz leicht errechnen können, erfahren Sie hier.

Überstunden werden dann geleistet, wenn die gesetzliche (40 Stunden) oder die (geringere) wöchentliche Normalarbeitszeit laut Kollektivvertrag (z. B. 38,5 Stunden) überschritten wird. Und sie fallen auch dann an, wenn länger als die tägliche Normalarbeitszeit von 8 bis 10 Stunden, je nach Arbeitszeitmodell, gearbeitet wird.

Wie viel bekomme ich?

Prinzipiell gilt: Der Arbeitgeber muss für Überstunden Geld bezahlen. Sie stattdessen mit einem Zeitausgleich in Freizeit abzugelten, ist nur dann möglich, wenn dies so vereinbart wurde. Dann ist auch eine Kombination erlaubt. Es kann beispielsweise die Grundstunde bezahlt werden und für den Zuschlag bekommen Sie Zeitausgleich.

Der Entlohnungsanspruch bei geleisteten Überstunden setzt sich aus zwei Komponenten zusammen: Dem Überstundengrundlohn

und dem Überstundenzuschlag. Als Überstundengrundlohn gebührt aus gesetzlicher Sicht der Normalstundenlohn.

Überstundengrundlohn

Sie können sich Ihren Überstundengrundlohn ganz leicht selber errechnen. Über den Monatslohn bzw. Gehalt (brutto) kommt man mittels Teilung, dem sogenannten Teiler, zum Überstundengrundlohn.

Der Teiler bei einer

40-Stunden-Woche ist 173. Das berechnet sich wie folgt: 40 Wochenstunden x 4,33 Wochen* = 173 Stunden pro Monat. **Beispiel:** Monatslohn 2.000 € : 173 (Teiler) = 11,56 € als Überstundengrundlohn (* 4,33 Wochen für einen Monat ist eine Durchschnitt-Berechnung über das gesamte Jahr; weil einige Monate kürzer und andere länger sind. Das vereinfacht die Abrechnung).

Der Teiler bei einer **38,5-Stunden-Woche** ist 167. Das berechnet sich

wie folgt: 38,5 Stunden x 4,33 Wochen = 167 Stunden pro Monat. **Beispiel:** Monatslohn 2.000 € : 167 (Teiler) = 11,98 € als Überstundengrundlohn.

Kollektivverträge können beim Überstunden-Teiler günstigere Varianten vorsehen. So ist etwa im Kollektivvertrag für das Metallgewerbe der Teiler 143. Ausgehend vom Beispiel bedeutet das bei einem Monatslohn von 2.000 € : 143 (Teiler) einen Überstundengrundlohn von 13,99 €.

Zuschlag

Jetzt geht es noch um den Zuschlag. Dieser beträgt mindestens 50% und wird vom Überstundengrundlohn berechnet. Wenn Zeitausgleich vereinbart wurde, erhalten die Beschäftigten pro Überstunde 1,5 Stunden Zeitausgleich.

Achtung: Für Nacht-, Feiertags- und Sonntagsarbeit sind in vielen Kollektivverträgen höhere Zuschläge vorgesehen!



Lohnzettel lesen leicht gemacht

Virtuell. Die Experten der Arbeiterkammer haben ein kompliziertes Dokument für jedermann verständlich gemacht. Klicken Sie rein und machen Sie sich schlau.

Seit 1. Jänner 2016 muss jeder Arbeitnehmer bei Fälligkeit des Entgelts, in der Regel am Monatsende, eine vollständige Abrechnung erhalten, die schriftlich, übersichtlich, nachvollziehbar und vollständig ist.

Für viele Beschäftigte liefert der Blick auf den Lohnzettel außer Brutto- und Netto-Gehalt aber nur wenige Informationen. Dabei enthält das Dokument zahlreiche Details, die durchaus interessant sind. Zum Beispiel wie die Überstunden berechnet werden (siehe oben), ob und wie viel Pendlerpauschale der Dienstgeber auszahlt oder wie viel



Verständlich: Unter ak-tirol.com erfahren Sie Details zum Lohnzettel.

man für Dienstreisen erhalten hat. Wir erklären den Lohnzettel an Hand eines virtuellen Beispiels für jedermann leicht verständlich.

Den Link dazu finden Sie auf ak-tirol.com unter dem Suchbegriff „Lohnzettel“. Mit einem Klick auf das jeweilige Fragezeichen wie etwa Lohn/Gehalt, Überstundengrundlohn, Zuschlag, Sozialversicherung oder Freibetrag werden die einzelnen Punkte kurz erklärt. Außerdem erfahren Sie, wo man weiterführende Informationen zum jeweiligen Punkt des Lohnzettels findet. Klicken Sie rein und machen Sie sich schlau.

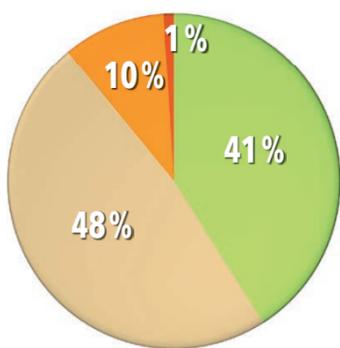
NEWS AK BROSCHÜRE

Wenn das Gehalt gepfändet wird

Viele Notlagen können in eine Lohnexekution münden. Das sorgt bei Betroffenen oft für Verzweiflung und viele offene Fragen. Was vom Einkommen übrig bleiben muss und was bei der Berechnung des unpfändbaren Freibetrags berücksichtigt wird, erklären AK Experten im neu aufgelegten Falter „Lohnpfändung“. Ein Überblick veranschaulicht, wie etwa Sachleistungen bewertet oder Sonderzahlungen der Pfändung unterworfen werden. Einfach kostenlos anfordern unter der Hotline 0800/22 55 22 - 1432 oder herunterladen auf ak-tirol.com

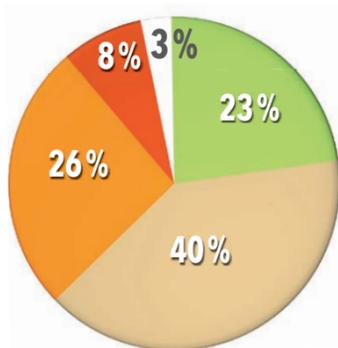
Stimmung in Tirol: Privat zufrieden, politisch kritisch

Nachgefragt. Privat sind die Tiroler mit ihrer Lebenssituation sehr zufrieden. Die allgemeine Entwicklung im Land wird jedoch kritisch beurteilt, vor allem fehlt die politische Zukunftsdynamik.



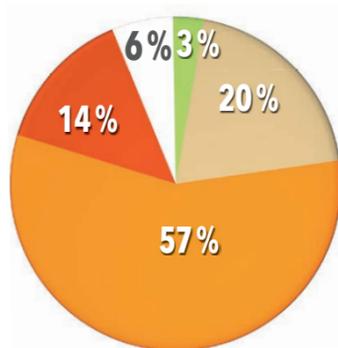
Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer derzeitigen Lebenssituation?

- sehr zufrieden (41%)
- zufrieden (48%)
- weniger zufrieden (10%)
- gar nicht zufrieden (1%)



Bewegen sich die Dinge in Tirol eher in die richtige Richtung oder nicht?

- überw. in die richtige Richtung (23%)
- teilw. in die richtige Richtung (40%)
- teilw. in die falsche Richtung (26%)
- überw. in die falsche Richtung (8%)
- k. A. (3%)



Wie schätzen Sie die politische Zukunftsdynamik in Tirol ein?

- sehr große Dynamik (3%)
- große Dynamik (20%)
- eher geringe Dynamik (57%)
- absolut keine Dynamik (14%)
- k. A. (6%)

Die Tirolerinnen und Tiroler sind mit ihrer persönlichen Lebenssituation sehr zufrieden. Das ergibt die jüngste AK Umfrage in der Bevölkerung. 41 % sind mit ihrem Lebensumfeld sehr zufrieden und weitere 48 % immer noch zufrieden. Nur 11 % sind weniger bis gar nicht zufrieden. Vor diesem positiven Hintergrund sind zwei Antworten umso kritischer zu werten: Lediglich 23 % der Befragten finden, dass sich die Dinge in Tirol überwiegend und 40 % noch teilweise in die richtige Richtung bewegen.

Noch kritischer ist die Einschätzung bei der Frage nach der politischen Zukunftsdynamik in Tirol. Hier stellen gleich 57 % eine eher geringe Dynamik und 14 % absolut

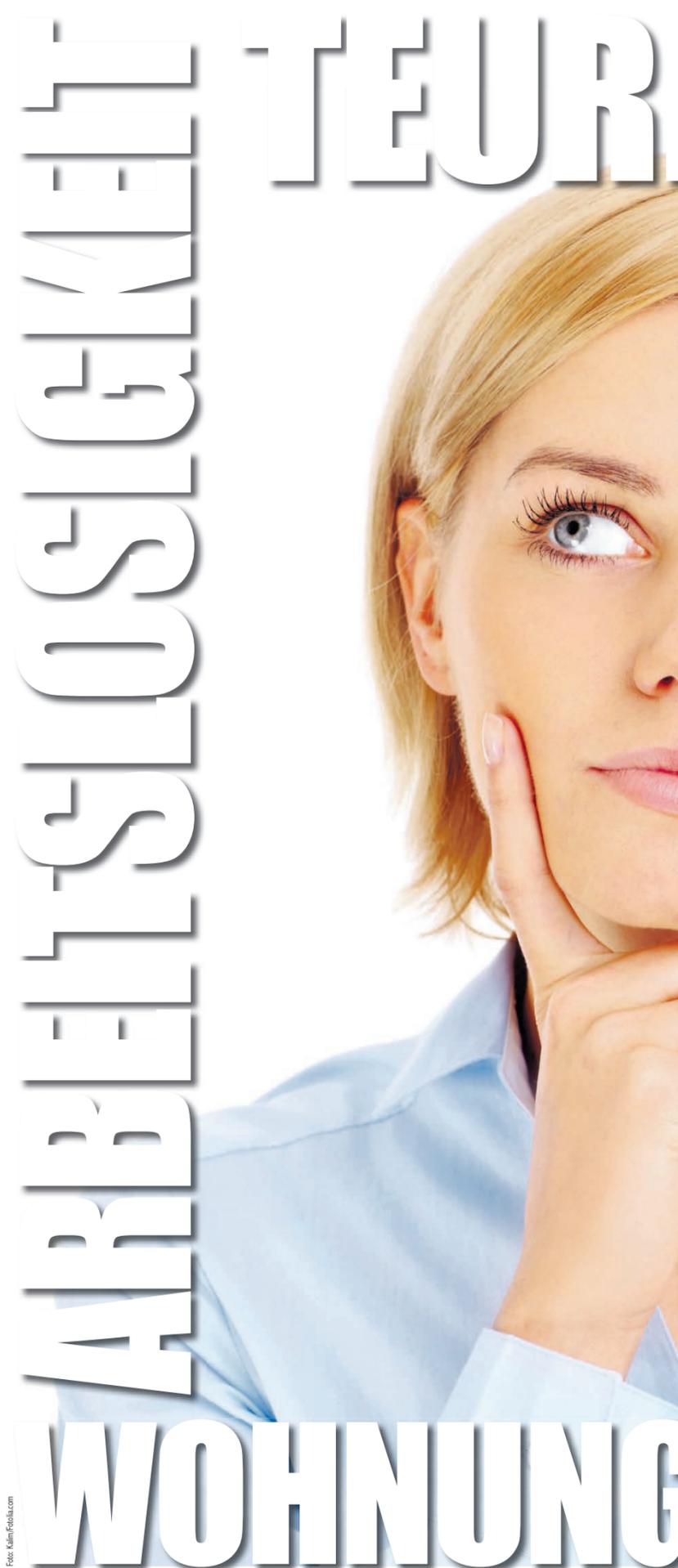
UMFRAGE
So wurde die Meinung erhoben

Die Umfrage wurde im Auftrag der Arbeiterkammer Tirol im Zeitraum vom 28. April bis 17. Mai 2016 unter 400 Tirolerinnen und Tirolern ab 16 Jahren vom market Institut durchgeführt. Die statistische Schwankungsbreite beträgt plus/minus fünf Prozent. Ziel war die fortlaufende Abfrage grundlegender Stimmungsparameter in Tirol. Darüberhinaus wurde ein Schwerpunkt mit aktuellen Themen in Tirol hinterfragt. Die wichtigsten Ergebnisse finden Sie auf den beiden Seiten.

keine Dynamik fest. 3 % attestieren der Tiroler Politik noch eine sehr große und 20 % eine große Dynamik (siehe Grafiken oben).

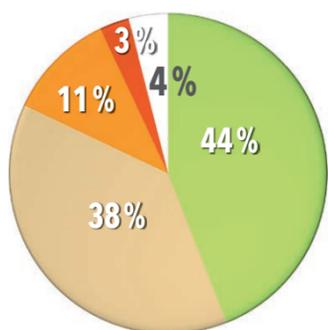
Familien unter Druck

Bei der Frage, welche Bevölkerungsgruppen in Tirol derzeit besonders unter Druck stehen, finden 43 % der befragten Tirolerinnen und Tiroler unsere Familien als momentan besonders gefordert, gefolgt von den Arbeitern (41 %), den Landwirten (40 %), den Flüchtlingen (37 %) sowie den Frauen (36 %). Auffällig ist auch, dass Kellner und Personen im Gastgewerbe mit 27 % sowie Senioren mit 26 % von der Tiroler Bevölkerung als besonders unter Druck stehend beurteilt werden.



MINDESTSICHERUNG

Weiterbestand besonders wichtig

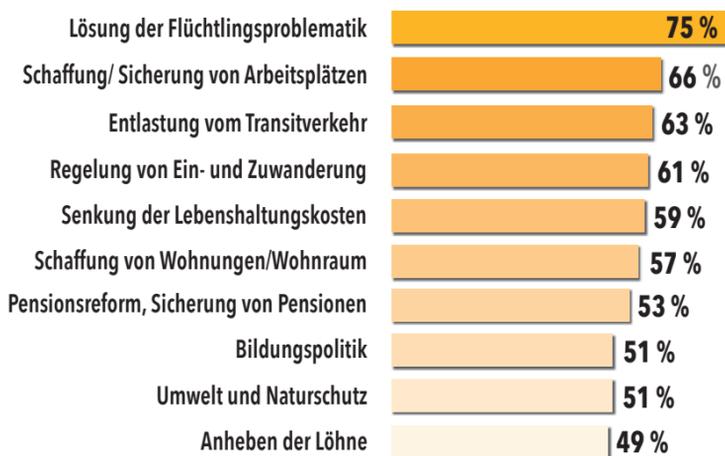


- auf jeden Fall (44%)
- eher doch wichtig (38%)
- weniger wichtig (11%)
- so gut wie gar nicht wichtig (3%)
- k. A. (4%)

Soziale Frage. Die überwältigende Mehrheit (82 %) der Tirolerinnen und Tiroler beurteilt die Mindestsicherung als wichtig (siehe Grafik links). Das heißt, Personen, die über keine angemessenen Mittel zum Lebensunterhalt verfügen, sollen vom Staat mittels Sozialleistungszahlungen unterstützt werden. Dieses Thema findet gerade bei jungen Menschen (16 bis 29 Jahre) die höchste Zustimmung (47 %). Bei der Frage, wer Anrecht auf Mindestsicherung haben sollte, meinen 46 % „all jene, die österreichische Staatsbürger sind“, 31 % „nur Personen, die auch in Österreich geboren sind und hier leben“ und 15 % „alle in Österreich lebenden Personen, egal welche Staatsbürgerschaft sie haben“.

WICHTIGE ZUKUNFTSFRAGEN

Flüchtlingsproblematik, teures Leben, Transit



Probleme angehen. Die Tirolerinnen und Tiroler haben ihre Vorstellungen in zehn Wünsche gereiht, um die sich die Tiroler Landespolitik in nächster Zeit besonders kümmern sollte und welche die wichtigsten Themen für die Zukunft unseres Landes sind: 1. Lösung der Flüchtlingsproblematik; 2. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen; 3. Entlastung vom Transitverkehr; 4. Regelung von Ein- und Zuwanderung; 5. Senkung der Lebenshaltungskosten; 6. Schaffung von Wohnungen bzw. von Wohnraum; 7. Sicherung der Pensionen; 8. mehr für die Bildung tun; 9. Umwelt und Naturschutz; 10. Anheben der Löhne (genaue prozentuelle Aufstellung siehe Grafik links).

ES LEBEN



Brennende Themen Arbeit und Wohnen

Tirol-Umfrage. Wie fühlen sich Tirols Arbeitnehmer und welche Sorgen bewegen sie? Wie sehen sie die aktuellen sozialen und gesellschaftspolitischen Fragen? Lesen Sie die Details eines aktuellen Stimmungsbildes, von der AK Tirol in Auftrag gegeben.

Die Leistungen der Tiroler Landespolitik stellen sich als geradezu herausragend gegenüber der Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung dar.

Miese Wien-Stimmung

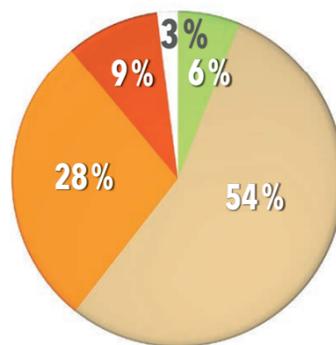
Wie dramatisch schlecht die Stimmung gegenüber der Wiener Bundesregierung im Befragungszeitraum 28. April bis 17. Mai war, zeigt sich daran, dass gleich 75 % der Tiroler Befragten die Arbeit der Bundesregierung als „weniger“ bis „gar nicht zufriedenstellend“ beurteilt haben. Zwar hat inzwischen ein Wechsel an der Spitze und in mehreren Ressorts stattgefunden, wodurch die schlechte Stimmungslage vorläufig gestoppt sein dürfte. Dieser Vertrauensvorschuss könnte aber von kurzer Dauer sein, sollten die beiden Regierungsparteien nicht endlich konstruktiv zusammenarbeiten.

Viel Handlungsbedarf

Im Rahmen der großen Tirol-Umfrage wurden auch Antworten auf aktuelle gesellschaftspolitische Fragen eingeholt. Dabei kristallisierten sich die größten Bereiche mit Handlungsbedarf in Tirol heraus: Das Thema Asylanten und die Integration von Flüchtlingen ist mit 59 % ganz vorne gereiht. Dringenden Handlungsbedarf durch die Landespolitik sehen weitere 36 % im Bereich Arbeit, Arbeitsplätze, Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarkt, gefolgt von Wohnen, Wohnsituation und Wohnproblematik (27 %). Dahinter kommt der Themenbereich Verkehr, Transit, Straßen und Straßenbau (20 %).

AK mit besten Noten

Bei der Frage, wer die besten Ideen für die Zukunft Tirols, also für eine gute Entwicklung des



Zufriedenheit mit der Arbeit der Tiroler Landesregierung

- sehr zufrieden (6%)
- noch zufrieden (54%)
- weniger zufrieden (28%)
- gar nicht zufrieden (9%)
- k. A. (3%)

Landes hat, kommt die Arbeiterkammer auf Platz eins (34 %). Dahinter folgen der Landeshauptmann (32 %), die Wirtschaftskammer (30 %) und dann erst die Landesregierung (28 %).

Kritik an Tempo 100

Interessant ist auch die Meinung der Bevölkerung zum Tempolimit von 100 km/h auf der Autobahn. Auf die Frage „Wie sinnvoll und nützlich erachten Sie grundsätzlich den generellen Lufthunderter?“ sagen 34 % „der Hunderter ist gar nicht nützlich“, 24 % „ist weniger nützlich“, 24 % „ist eher nützlich“ und nur 13 % „ist sehr nützlich“.

Flächendeckende LKW-Maut

Die Frage nach einer Einführung einer flächendeckenden Maut für Lkw wird weniger einheitlich beurteilt, wobei sich dennoch eine knappe Mehrheit für die flächendeckende Lkw-Maut ergibt: 24 % fänden sie „sehr sinnvoll und nützlich“, 29 % „eher sinnvoll und nützlich“, 18 % „weniger sinnvoll und nützlich“ und 24 % „gar nicht sinnvoll und nützlich“. Interessant dabei ist auch die Tatsache, dass vor allem die Gruppe der 16- bis 29-jährigen Personen die stärkste Präferenz für eine flächendeckende Lkw-Maut bekundet, nämlich 63 %.

Für Kontrollen am Brenner

Die größte Übereinstimmung herrscht bei der Frage, ob am Grenzübergang Brenner verstärkt Kontrollen durchgeführt werden sollten. Hier sagen 57 % „auf jeden Fall“, 24 % „eher doch“, nur 9 % meinen „weniger“ und 7 % „sicher nicht“.

Dabei ist der Wunsch nach Kontrollen bei Männern mit 61 % noch deutlicher ausgeprägt als bei Frauen (53 %).

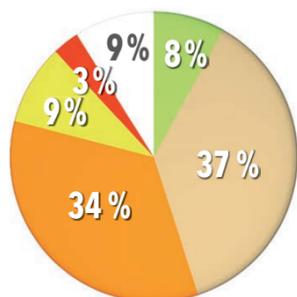
UMFRAGE

Regierungsarbeit am Prüfstand

Als wenig berauschend beurteilen die Tirolerinnen und Tiroler die Arbeit der Landesregierung (siehe Grafik oben): 9 % sind „gar nicht zufrieden“, 28 % sind „weniger zufrieden“, 54 % sind auch „noch zufrieden“ und lediglich 6 % sind „sehr zufrieden“! Besonders kritisch sieht die Arbeit der Landesregierung die Gruppe der 30- bis 49-Jährigen mit 36 % wenig Zufriedenen. Bei der Beurteilung, welche der beiden Tiroler Regierungsparteien (ÖVP oder Grüne) von der Koalition stärker profitieren, zeigt sich folgendes Ergebnis: 34 % beurteilen die gemeinsame Regierungsarbeit als in etwa gleich. 29 % schreiben der ÖVP die bessere Regierungsarbeit zu, 7 % den Grünen und 22 % keiner von beiden.

ARBEITSPLÄTZE IN TIROL

Situation besser bewertet als in anderen Bundesländern



- deutlich besser (8%)
- etwas besser (37%)
- in etwa gleich gut bzw. schlecht (34%)
- etwas schlechter (9%)
- deutlich schlechter (3%)
- k. A. (9%)

Besser als in Österreich. Knapp die Hälfte der Tirolerinnen und Tiroler (45 %) schätzen die Chancen am heimischen Arbeitsmarkt als besser ein als im restlichen Bundesgebiet (siehe Grafik links). Dabei zeigen sich die Männer deutlich positiver (53 %) als Frauen (37 %).

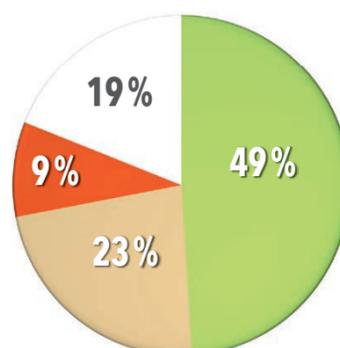
Viel schwieriger. Zwei Drittel (63 %) der Befragten geben jedoch an, dass es ihrer Meinung nach deutlich schwieriger geworden ist, einen geeigneten Arbeitsplatz in Tirol zu finden, als noch vor 5 bis 10 Jahren. Besonders pessimistisch zeigen sich Frauen (68 %) und Über-50-Jährige (70 %). Diese negative Einschätzung zieht sich durch alle Bildungsschichten in Tirol.

Angst vor Öffnung. Bei der Frage, wie sie eine generelle Öffnung des heimischen Arbeitsmarktes für alle ausländischen Arbeitskräfte beurteilen, befürchten 57 % eine negative Auswirkung auf die derzeitige Arbeitssituation. Besonders kritisch zeigt sich hier die Gruppe der 30- bis 49-Jährigen, in der dies gar 65 % befürchten.

Nicht selbst betroffen. Wenn es um die Bedrohung des eigenen Arbeitsplatzes durch eine generelle Öffnung geht, zeigen sich die Befragten jedoch deutlich positiver gestimmt. Hier meinen 55 %, dass ihr eigener Job dadurch weniger bis gar nicht gefährdet ist.

LOHNSTEUER RUNTER

Senkung ist deutlich spürbar



- Entlastung in der Höhe erwartet (49%)
- etwas höhere Entlastung erwartet (23%)
- deutliche höhere Entlastung erwartet (9%)
- weiß nicht, kann nicht sagen (19%)

Mehr Geld im Börsel. Fast jeder zweite Befragte (49 %) sieht seine eigenen Erwartungen über die Höhe der Lohnsteuer-Senkung erfüllt (siehe Grafik links). Die Steuer-Entlastung wird vor allem bei den Männern (42 %) spürbar festgestellt, weniger noch bei den Frauen (20 %). Dies lässt sich vor allem aus den deutlich höheren Einkommen der Männer erklären, wodurch auch die Steuer-Ersparnis offensichtlicher ist. Generell wird die Initiative der AK zur Lohnsteuer-Senkung von den Tirolern als höchst positiv vermerkt. Der Nutzen der niedrigeren Lohnsteuer für die Gesamtwirtschaft zeigt sich jetzt an besseren Wirtschaftsdaten, weil der private Konsum endlich wieder angesprungen ist.

Gehaltskonten im Vergleich

AK-Rechner. 108 Euro kostet ein Girokonto im Schnitt pro Jahr, um 23 Prozent mehr als 2015. Für Guthaben gibt es kaum noch Zinsen, dafür sind Überziehungen teuer.

Seit Jahren sorgt die Zinsgestaltung bei den Gehaltskonten für Ärger. Den Geldinstituten aber beschert sie satte Einnahmen. Das belegt der aktuelle AK Girokonto-Vergleich: Die Preise fürs Gehaltskonto sind seit 2015 teils beachtlich gestiegen. Die Guthabenzinsen wurden im Schnitt um 60 % gesenkt, die Sollzinsen jedoch nur um 9,3 %. Und so gibt es derzeit für Guthaben im Schnitt 0 % Zinsen, während bei Überziehungen kräftig abkassiert wird. Hintergrund ist das niedrige Zinsniveau am Geld- und Kapitalmarkt.

Kosten. Kostenlos sind easy gratis (easybank) und Hello Gehaltskonto (Hello bank!), am teuersten ist mit 315,26 Euro das BTV-Gehaltskonto. Allerdings beinhalten teurere Modelle im Schnitt mehr Leistungen als die günstigeren, etwa eine

oder mehrere Kreditkarten. Beachtlich war auch der Preisanstieg. Kostete ein Gehaltskonto im Jänner 2015 im Schnitt noch 88,08 Euro, so sind es nun 108,46 Euro. Macht ein saftiges Plus von 23 %.

Guthaben. Hier liegen die Zinsen im Schnitt bei nur noch 0,05 %. Zwei Banken schreiben gar keine Zinsen gut: die UniCredit Bank Austria bei Relax- und Online-Konto und die BTV bei BTV Kompakt und Gehaltskonto. Die besten Zinsen gibts mit 0,25 % am easy konto der easybank.

Überziehung. Dafür schlagen Sollzinsen mit durchschnittlich 10 % zu Buche. Hier liegt die Spanne zwischen 6 % beim Classic Konto der Austri-



Soll & Haben. Zu hohen Überziehungszinsen kommen steigende Kosten fürs Gehaltskonto.

an Anadi Bank und 13,5 % beim Gehaltskonto der VakifBank.

Die AK fordert

- eine Regulierung der Zinsen, etwa durch Deckelung der Zinsspannen,
- transparentere Zinsanpassungsklauseln wie im Kredit- und Sparbereich,
- dass die Banken einheitliche Fachbegriffe verwenden statt firmeneigener Bezeichnungen, die einen Vergleich erschweren.

Für die Erhebung wurden 40 Gehaltskonten bei 17 Filial- und Onlinebanken verglichen – für einen Normalnutzer mit 280 Buchungen pro Jahr, ohne Kontoüberziehung.

Mehr auf ak-tirol.com. Zinsen und Spesen für Gehaltskonten vergleichen können Sie dort unter dem Suchbegriff „Bankenrechner“.

TIPPS FÜR KUNDEN

Geschick verhandeln

Mit ein paar Tipps der AK Experten können Sie auch bei den Kontoführungskosten bares Geld sparen.

Zinsen verhandeln. Bei den Zinsen für Überziehung und Guthaben gibt es meist einen Verhandlungsspielraum. Reden Sie mit Ihrem Bankberater.

Auf Deckung achten. Wird ein Dauer- oder Einziehungsauftrag nicht durchgeführt, weil das Konto überzogen ist, kann das bis zu 10 Euro kosten. Vielleicht lässt sich die Durchführung auf einen Zeitpunkt verschieben, zu dem das Gehalt jedenfalls am Konto eingegangen ist.

Pauschal? Prüfen Sie bei Konten mit Pauschalverrechnung, ob alle oder nur ganz bestimmte Buchungen kostenlos sind.

Einzelverrechnung. Bei Konten mit Einzelverrechnung gilt: weniger Transaktionen, weniger Spesen.

Schalter vermeiden. Barbehebungen oder -einzahlungen am Schalter können teuer kommen. Bankomaten sind billiger.

Nein zu Gebühren bei Bankomaten

Forderung. Für Banken Krisen dürfen nicht die Kunden zur Kassa gebeten werden.

Schon jetzt verlangen einzelne Banken bei bestimmten Kontoarten Gebühren für Bargeldbehebungen am Bankomaten. Doch in letzter Zeit ist immer öfter von flächendeckenden Bankomatengebühren für alle Kunden die Rede. Und diesen Plänen erteilt die AK eine klare Absage. „Die Kunden wurden in den letzten Jahren regelmäßig vom Schalter zu den Automaten verwiesen, um Kosten zu sparen, und dann sollen sie dort wieder abkassiert werden“, kritisiert AK Präsident Erwin Zangerl. So schrieben die Geldinstitute laut Nationalbank 2015 einen Jahresüberschuss von mehr als 3,7 Milliarden

Euro. Dieser liegt im Schnitt der Rekordergebnisse der „goldenen Zeiten“ von 2004 bis 2007. Andererseits gab es von ehemals 80.293 Bankmitarbeitern (2008) Ende 2015 nur noch 75.034!

Die AK Tirol verlangt

- Keine generellen Bankomatengebühren bei Bargeldbehebungen am Bankomaten. Es muss bei allen Instituten Möglichkeiten geben, ohne zusätzliche Kosten zu seinem eigenen Geld zu kommen.

- Keine Einführung oder Erhöhung von Spesen und Gebühren bei Dienstleistungen, die der Bankkunde selbst erledigen muss.

Mehr auf ak-tirol.com



Ein Video dazu findest du auf ak-tirol.com

AUSBILDUNGSVERBÜNDE

AK plädiert für attraktive Lehre

Dass Lehrlinge bestmöglich ausgebildet werden sollen, steht außer Frage. Dies ist auch erklärtes Ziel sogenannter Ausbildungsverbände: Dabei erfolgt die Lehrlingsausbildung nicht nur in einem einzigen Betrieb, sondern in Kooperation verschiedener Ausbildungsstätten. Für die Lehrlinge ein großer Vorteil, können doch in Zeiten zunehmender Spezialisierung zahlreiche Lehrbetriebe nicht alle Inhalte der Ausbildungsvorschriften vermitteln. In so einem Fall sind Betriebe auch zur Einrichtung eines Verbundes verpflichtet. Aber auch auf freiwilliger Basis

bewähren sich betriebsübergreifende Kooperationen – die Ausbildung wird abwechslungsreicher und die Lehre noch attraktiver. Zudem weitet die Kenntnis von Technologien und Abläufen in anderen Betrieben den Blick. Trotz aller Vorteile ist die Zahl an Ausbildungsverbänden derzeit jedoch gering.

Die AK Tirol spricht sich deshalb ausdrücklich für eine Verstärkung derartiger Ausbildungspartnerschaften aus und bietet bei der konkreten Anbahnung und Abwicklung auch ihre Hilfe an. Informationen dazu erteilt die AK Jugendabteilung unter 0800/22 55 22 – 1566.

KARRIERE OPEN AIR

BEZIRK SCHWAZ

GRÖSSTE REGIONALE BERUFSMESSE UNTER FREIEM HIMMEL

EIN FEST FÜR DIE GANZE FAMILIE



SAMSTAG

25.06.2016

VON 10.00 UHR BIS 17.00 UHR

INFORMIEREN - STAUNEN - SPIELN - AUSPROBIEREN

Impulsvorträge Aussteller im Gespräch	Karrierestraße Tipps & Tricks vom AMS	Diskussionen Spezialisten im Gespräch	Werkstraße über 40 Aussteller
Schmankerlstraße kulinarische Spezialitäten	Silberstraße Silber-Schauwerkstätte	Spielstraße 8 tolle Stationen	Glückstraße Musik & Glücksrad mit Life Radio

IN DER SCHWAZER ALTSTADT

WWW.KARRIERE-OPENAIR.AT











Badespaß und Attraktionen

Ob als Urlaubsparadies oder abendliche Erfrischung: Viele haben die Freibadsaison herbeigesehnt. Der AK Preis-Check zu den Tiroler Anlagen liefert einen Überblick über Eintrittspreise, Ermäßigungen, Ausstattung etc. Da fällt es leichter, aufs Preis-Leistungs-Verhältnis zu achten.

Tageskarten für Erwachsene kosten zwischen 2 und 7,70 Euro, für Kinder zwischen 1,30 und 5 Euro. Für Saisonkarten müssen Erwachsene zwischen 22 und 115, Kinder zwischen 10,60 und 54 Euro bezahlen. Oft gibts Ermäßigungen für Schüler, Studenten, Pensionisten, Präsenz- und Zivildienstler sowie Lehrlinge. Und fast alle 39 Anlagen, die an der Erhebung teilgenommen haben, bieten Familientarife und nachmittags Ermäßigungen an. Übrigens: Von 29 Bädern, die bereits 2015 ihre Daten übermittelten, hat gut die Hälfte ihre Preise erhöht.



Den AK Freibäder-Test mit allen detaillierten Ergebnissen aus Tirol finden Sie auf ak-tirol.com

Foto: yarlev/Fotolia.com

Anpfeiff für die Grillparty

Schmankerl im AK Test. Würstl und mariniertes Fleisch überzeugten zwar mit guter Qualität, doch die Marinaden enthielten eine Fülle an Zusatzstoffen.



Foto: Patrick Hermans/Fotolia.com

Was wäre der Sommer ohne Köstlichkeiten vom Grill? Damit die Tiroler wissen, was auf ihrem Rost landet, haben die Konsumentenschützer der AK Tirol Ende April in Innsbruck und Umgebung stichprobenartig mariniertes Grillfleisch und Grillwürstl, verpackt und unverpackt, gekauft und von der Österreichischen Agentur für Ernährungssicherheit (AGES) untersuchen lassen. Beim Grillfleisch wurden ausschließlich bereits fertig marinierte Proben gekauft. Denn bei diesen Produkten ist es für

Verbraucher schwierig, die Qualität anhand von Geruch oder Aussehen zu beurteilen.

Sehr gute Qualität. Aus lebensmittelrechtlicher Sicht war keine der 17 Proben zu beanstanden, weder Würstl, noch Fleisch. Die mikrobiologische Untersuchung ergab nirgends erhöhte Keimzahlen – egal, ob die Produkte offen oder verpackt waren.

Viele Zusatzstoffe. Aufgefallen ist jedoch, dass die Marinaden bei den untersuchten Fleischproben jede Menge Zusatzstoffe enthielten, wie Säureemulgatoren (z. B. Natriumlactat, E325), Verdickungsmittel (z. B. Xanthan, E 415), Enzyme wie Papain, das zur Verbesserung der Fleischbeschaffenheit eingesetzt wird, und Aromen.

Obwohl die Zusatzstoffe als gesundheitlich nicht bedenklich beurteilt wurden, sollten sich Konsumenten im Klaren sein, dass es sich bei mariniertem Fleisch nicht nur um rohes Fleisch mit Salz und Gewürzen handelt. Bei einer Pro-

be (Puten-Steak Barbecue, Hubers Landhendl, gekauft bei Eurospar) war außerdem Palmfett zugegeben.

Herkunft. Im AK Test führten beim marinierten Fleisch auch nur einige Hersteller an, woher dieses stammte. Seit April 2015 muss bei frischem verpacktem Fleisch zwar auf dem Etikett angegeben sein, in welchem Land das Tier aufgezogen und geschlachtet wurde – inklusive Partienummer. Dies gilt allerdings nicht für mariniertes Fleisch, weil es sich dabei um ein „verarbeitetes“ Produkt handelt.

AK Forderung. Weil eine solche Unterscheidung wenig nachvollziehbar ist, fordert die AK Tirol, die verpflichtende Herkunftsbezeichnung für frisches verpacktes Fleisch auch auf verarbeitetes, wie z. B. mariniertes Fleisch auszuweiten.

Alle Details zum Test gibt es auf ak-tirol.com

GESUND GEGRILLT Profi-Tipps für Genießer

- Achten Sie beim Einkauf auf Regionalität und Qualität, damit leisten Sie einen wichtigen Beitrag für Umwelt, Nachhaltigkeit, Tierwohl und eigene Gesundheit.
- Fleisch und Würstl rasch und gekühlt transportieren.
- Kühltemperatur von meist 0° bis 4° Celsius einhalten! Die Glasplatte über dem Gemüsefach ist der kälteste Ort im Kühlschrank. Hier sollten Fleisch, Fisch oder Geflügel – getrennt von anderen Produkten – gelagert werden.
- Rohes Fleisch gesondert bearbeiten. Hände und Arbeitsgeräte reinigen und nicht mit Lebensmitteln in Kontakt bringen, die roh verzehrt werden, wie z. B. Salat.
- Geflügel für 10 Minuten auf mindestens 70° Celsius Kerntemperatur vollständig durchhitzen.
- Wer selber würzt und mariniert, kann die Qualität besser beurteilen und vermeidet Zusatzstoffe.



Foto: lag_cz/Fotolia.com

LIENZ AK INFOABEND

Auszeit für Weiterbildung

Beim kostenlosen Infoabend am 21. Juni in der AK Lienz, Beda-Weber-Gasse 22, beraten Experten von AK und AMS ab 18.30 Uhr über Möglichkeiten der Weiterbildung. Sehr beliebt sind Bildungskarenz oder -teilzeit. Wer berufstätig ist und eine Ausbildung machen möchte, kann sich für gewisse Zeit karenzieren lassen und bekommt vom AMS unter bestimmten Voraussetzungen Weiterbildungsgeld. Anmelden unter 0800/22 55 22 - 3550 oder lienz@ak-tirol.com

Wenn das Lehrgeld ausbleibt...

Lehrlingsentschädigung. Immer wieder kommt es vor, dass Auszubildenden der Lohn vorenthalten wird. In so einem Fall ist es ratsam, sich gleich an die AK zu wenden.

Eigentlich war Mario zufrieden mit seiner Lehre zum Elektrotechniker. Alles lief reibungslos, bis es im dritten Lehrjahr plötzlich Probleme gab: Mario erhielt seinen Lohn nur noch unregelmäßig und wenn, dann unvollständig. Erst da fiel ihm auf, dass er auch nie einen Lohnzettel erhalten hatte. Nachdem mehrere Gespräche mit seinem Arbeitgeber ergebnislos ver-



Probleme in der Lehrzeit: Wenns mit dem Geld nicht klappt, hilft die AK.

laufen waren, wandte sich Mario an die AK Tirol. Auf 6.000 Euro war der mittlerweile ausständige Lohn angewachsen, den die Arbeitsrechtsexperten nun vom Betrieb einforderten.

Durch die Intervention konnte mit Marios Arbeitgeber eine Vereinbarung zur Ratenzahlung getroffen werden – letztlich erhielt der Elektrotechnik-Lehrling die komplette Summe überwiesen. Da solche Fälle immer wieder vorkom-

men, raten die AK Experten, die Lohnüberweisung genau zu kontrollieren und etwaige Probleme sofort schriftlich dem Arbeitgeber zu melden, um einen Verfall der Ansprüche zu vermeiden.

AK INFO

Bei Fragen und Schwierigkeiten hilft die Jugendabteilung der AK Tirol unter 0800/22 55 22 - 1566.

AK FORDERUNG

Fairness bei Elternteilzeit



Foto: detailblick/Fotolia.com

Elternteilzeit für alle Eltern, und zwar unabhängig von der Größe des Betriebes, in dem sie beschäftigt sind: So lautet eine wichtige Forderung der AK Tirol.

Mutterschutz- und Väterkarenzgesetz sehen zwar vor, dass Eltern die Arbeitszeit für die Kinderbetreuung bis zum vollendeten 7. Lebensjahr oder einem späteren Schuleintritt reduzieren oder verlegen können. Allerdings besteht ein Anspruch nur in Betrieben mit mehr als 20 Arbeitnehmern – das sind nur 3,6 % der Unternehmen. Zudem müssen Eltern mindestens 3 Jahre im Unternehmen gearbeitet haben, und die Reduzierung der Arbeitszeit muss zumindest 20 % ausmachen (Untergrenze 12 Stunden pro Woche). In kleineren Betrieben sind Eltern auf das Entgegenkommen ihres Arbeitgebers angewiesen. Wenn aber Kinderbetreuungseinrichtungen fehlen, bleibt vielen vollzeitbeschäftigten Eltern, vor allem Frauen, nur die Beendigung des Arbeitsverhältnisses.

Die Folgen sind Verdrängung aus dem Arbeitsmarkt und längere Erwerbsunterbrechungen.

Entspannt zum Baby

Hintergrund. Eine Schwangerschaft bringt viele Veränderungen. Deshalb hilft die AK Tirol werdenden Müttern und Vätern.

Wenn ein Baby unterwegs ist, bricht für die Eltern eine spannende Zeit mit viel Vorfreude, aber auch Herausforderungen an. Doch AK Mitglieder haben es besser: Sie können sich bei der AK Tirol kostenlos viele umfassende Ratgeber besorgen.

Wichtige Infos. Die AK Broschüre „Ein Baby kommt – Von Schwangerschaft bis Wiedereinstieg“ begleitet durch die erste wichtige Phase des Elterndaseins. Sie erfahren, wann die Schwangerschaft beim Arbeitgeber zu melden ist, und alle wichtigen Details zu Mutterschutz, Kündigungs- und Entlassungsschutz, Wochenlohn, Karenz, Elternteilzeit sowie Beendigung des Dienstverhältnisses und Abfertigung.

Außerdem gibt der Ratgeber einen Überblick über wichtige Fristen und die Kinderbetreuungsgeld-Modelle. Einfach anfordern unter Tel. 0800/22 55 22 – 1432.

Mit dem druckfrischen „Elternfahrplan“ im Scheckkartenformat haben Sie stets alle wichtigen Termine samt Anlaufstellen und Zeitfahrplan zur Hand.

Und wer sich für viele weitere Werte interessiert, die sich jährlich ändern, fordert am besten gleich noch den Falter „Wichtige Sozialrechtliche Bestimmungen 2016“ mit an. Er enthält alle aktuellen Infos zu Pflegegeld, Pension, Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld, Einkommensgrenzen für die Befreiung von der Rundfunk- und Fernsehgebühr etc. Beide sind erhältlich unter 0800/22 55 22 – 1631. Alle drei Broschüren – „Ein Baby kommt“, „Elternfahrplan“ und „Sozialrechtliche Bestimmungen 2016“ – gibts auch kostenlos als Downloads auf aktirol.com



Foto: Zany Marami/Fotolia.com

Wenn ein Baby kommt: Damit werdende Mütter und Väter über ihre Rechte und Pflichten Bescheid wissen, hilft die AK Tirol mit Broschüren.

VERSICHERUNGSLÜCKE Schutz erlischt nach Kindergeld



Foto: komradba/Fotolia.com

Alleinerziehern ist oft nicht bewusst, dass sie nach dem Kinderbetreuungsgeldbezug möglicherweise nicht mehr krankenversichert sind.

Betroffen sind Eltern, vor allem Mütter, die eine kurze Pauschal-Variante oder das einkommensabhängige Kindergeld gewählt haben, und die danach noch eine Weile in Karenz bleiben, ohne Kindergeld zu erhalten. Oft haben sie gar keine Wahl, weil sie auf einen freien Kinderbetreuungsplatz warten. Dann aber sollten sie nicht darauf vergessen, die Selbstversicherung für sich und ihre Kinder zu bezahlen. Denn während sie bei Bezug des Kinderbetreuungsgeldes teilversichert waren, besteht danach lediglich für sechs Wochen ein eingeschränkter Krankenversicherungsschutz. Danach besteht kein Krankenversicherungsschutz mehr – außer, sie sind als Angehöriger mitversichert. Eine sogenannte Nachwirkung der Krankenversicherung ist außer der sechs Wochen im Gesetz nicht vorgesehen.

Diese Versicherungslücke wird vielen erst bewusst, wenn sie ihre E-Card vorlegen müssen. Deshalb fordert die AK Tirol, die Regelungen im ASVG so anzupassen, dass die Nachwirkung der Krankenversicherung auch für Bezieher von Kinderbetreuungsgeld gilt.

AK FRAKTIONEN ZUM THEMA:

VEREINBARKEIT VON BERUF & FAMILIE

Erwin Zangerl, AK Präsident

Kinderbetreuung als Dauerbaustelle

Liste Erwin Zangerl, AAB-FCG



Familien haben es nicht einfach. Schließlich sollen möglichst beide Elternteile einer Beschäftigung nachgehen, wird ihnen vermittelt. Ganz abgesehen davon, dass ein Verdienst oft gar nicht mehr reicht für Wohnung,

Essen, Kleidung etc. Zudem müssen Frauen Versicherungszeiten sammeln, um der Altersarmut gegenzusteuern. Andererseits fehlen aber leider die nötigen Rahmenbedingungen.

Dazu müssen nicht nur die Betreuungszeiten endlich angemessen berücksichtigt werden, es mangelt auch noch immer an geeigneten Kinderbetreuungseinrichtungen. Und zwar tirolweit in allen Regionen und mit Öffnungszeiten – auch in den Ferien – die sich an der Arbeitsrealität orientieren, außerdem gratis bzw. zu Preisen, die leistbar sind. So wird die Suche weiter für viele zum Spießrutenlauf.

Von der Krabbelstube bis zum Kindergarten, von der Ganztagschule bis zur Ferienbetreuung: Nur wenn Eltern ihre Kinder gut versorgt wissen, können sie sich voll auf ihre Arbeit konzentrieren. Ein breites kostenloses Kinderbetreuungsangebot ist Grundvoraussetzung, damit die viel propagierte Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch funktionieren kann.

Günter Mayr, Fraktionsvorsitzender

Arbeitszeit ist wesentlicher Faktor

Sozialdemokratische GewerkschafterInnen



Die Vereinbarkeit von Arbeit und Kinderbetreuungspflichten muss in unserer Gesellschaft wieder Platz finden. Daher fordert die FSG Tirol, dass es in Zukunft zur Anrechnung der Kinderbetreuungszeit kommt. Tiroler

Familien und Alleinerzieher brauchen besser bezahlte Arbeitsplätze, von denen man auch in der Pension leben kann. Zudem fordern wir Anreize für Väter in Karenz zu gehen. Die Betreuungspflichten der Arbeitnehmer enden meist bei der Pflege von Angehörigen. Unsere Kritik richtet sich besonders an die schlecht ausgebaute Infrastruktur (Kindergärten, Kinderkrippen und Pflegezentren) im ländlichen Raum. Nur eine adäquate Infrastruktur sorgt für eine Entlastung der arbeitenden Menschen, schafft Freiräume abseits atypischer Beschäftigungsformen und steigert somit das Haushaltseinkommen. Ein wesentlicher Faktor für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist auch die Arbeitszeit: Wer die Betreuung von Kindern oder die Pflege von Angehörigen übernehmen muss, braucht unbedingt passende Arbeitszeiten. Die Kernbotschaft aller Forderungen ist nach wie vor, dass man ein Einkommen zum Auskommen hat und dabei die Familie nicht in Vergessenheit gerät.

Helmut Deutinger, Fraktionsvorsitzender

Mehr Plätze sind unbedingt notwendig

Grüne in der AK



Alle Eltern wollen, dass ihre Kinder gut betreut werden. Für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie braucht es aber genug Plätze für die Kinderbetreuung. Zwar gibt es in Tirol schon meist ein ausreichendes

Angebot an Kindergartenplätzen, es fehlen aber Krippenplätze für die Kleinsten und Hortplätze. Und durch die oft unterschiedlichen Arbeitszeiten der Eltern sind zusätzlich ganztägige und flexible Öffnungszeiten das ganze Jahr über dringend notwendig. Hier besteht großer Nachholbedarf! Denn, auch wenn die räumlichen Voraussetzungen meist vorhanden sind, fehlt es am Personal. Dazu könnten die Betriebskindergärten, die sich – auch betriebsübergreifend – bewährt haben, ruhig noch mehr werden. Ebenso könnte die Arbeit der Tagesmütter besser unterstützt und finanziell abgegolten werden. Als Lösung für die nachschulische Betreuung wäre es sinnvoll, endlich ganztägige Schulformen einzuführen.

Sicher: Eine gute Kinderbetreuung in Tirol wird teurer, aber dieses Geld ist eine notwendige Investition in die Zukunft. Nicht nur der Kinder, sondern der ganzen Gesellschaft.

Franz Ebster, Fraktionsobmann

Wichtig sind die Arbeitsbedingungen

Freiheitliche Arbeitnehmer in der AK



Im April wurde eine Pressekonferenz von Frau Bundesministerin für Familien und Jugend, Sophie Karmasin, Frau Familienlandesrätin Beate Palfrader, dem Präsidenten der Wirtschaftskammer Tirol, Jürgen

Bodenseer, und dem Bereichsleiter Vertrieb und Personal der Reform Martin GmbH, Florian Zulehner, zum Thema „Familienfreundliches Tirol“ abgehalten. Bei diesem Treffen wurde von allen die Wichtigkeit von Arbeitsbedingungen dargestellt, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern.

Mehr als 37 Millionen Euro stehen bis 2017 für den weiteren Ausbau institutioneller Betreuungsangebote, aber auch für private Einrichtungen und Tagesmutterorganisationen zur Verfügung. Initiativen von Gemeinden, Unternehmen, öffentlichen Einrichtungen gibt es. Also was braucht es noch? Zuerst braucht es die Bereitschaft, aber auch die Möglichkeit der Arbeitgeber, darauf einzugehen. Es wird auch in Zukunft, bedingt durch die vielen individuellen Lebensbedingungen der Arbeitnehmer, nicht leichter werden. Aber auf alle Fälle brauchen wir weiterhin die Unterstützung von vielen Omas und Opas, denen wir an dieser Stelle herzlich dafür danken.

Nachhilfe kostet Eltern 6,8 Millionen

AK Studie. Eltern müssen für den Schulerfolg ihrer Kinder tief in die Tasche greifen: Fast 11.000 Tiroler Schüler erhielten seit letztem Sommer bezahlte Nachhilfe, die Kosten lagen im Schnitt bei rund 630 Euro.

Sie belegt nicht nur Jahr für Jahr, wie sehr die Kosten für Nachhilfe die Familien belasten. „Vor allem zeigt sie auch die Mängel im Bildungssystem auf, die dafür verantwortlich sind“, betont Arbeiterkammerpräsident Erwin Zangerl. – Die Rede ist von der AK Nachhilfestudie. Rechtzeitig vor Schulabschluss liegen nun die Ergebnisse für 2016 vor. Und sie knüpfen mit leichten Verbesserungen an jene der Vorjahre an:

- 14 % der Tiroler Schüler hatten im laufenden Schuljahr oder in den letzten Sommerferien externe Nachmittagsbetreuung.
- Ein Viertel benötigt fast täglich Lernaufsicht durch die Eltern, 16 % brauchen sie zumindest zwei bis drei Mal pro Woche. Und zwar Volksschüler, Schüler von Neuer Mittelschule und AHS-Unterstufe.
- Insgesamt 14.000 Kinder und Jugendliche (16 %) erhielten externe Nachhilfe. Bezahlte Nachhilfe

- gab es für fast 11.000 Mädchen und Buben (12 %).
- Das kostete die Eltern pro Kind rund 630 Euro und in Summe 6,8 Millionen Euro.
- Tatsächlich bräuchten sogar 21 % Nachhilfe, diese war aber z. B. wegen der Kosten oder fehlender Angebote nicht möglich.

„Solche Zahlen müssen doch zu denken geben! Wie kann es sein, dass unsere Schulen Nachhilfebedarf produzieren, statt diesen ein-

zudämmen?“, fordert der AK Präsident Reformen ein. „Gerade für finanziell schlechter gestellte Familien sind diese zusätzlichen Kosten oft nicht leistbar. Ziel muss sein, dass der Schulerfolg allein über den Schulbesuch möglich ist. Das führt auch zu Bildungsgerechtigkeit.“

AK Forderungen. Die AK Tirol hat ein ganzes Bündel an Vorschlägen ausgearbeitet, viele davon könnten rasch umgesetzt werden. Dazu zählen:

- mehr kostenlose Nachhilfe an Schulen,
- ein Unterricht, der sich noch mehr am Verständnis der Schüler orientiert und in dem mehr Zeit zum Üben bleibt; gerade auch in Mathematik, das sich zu einem „Angstfach“ entwickelt hat,
- mehr Förderunterricht,
- mehr schulische Nachmittagsbetreuung und
- ein Ausbau des verschränkten Ganztagesunterrichts.

Alle Details auf ak-tirol.com



SPLITTER

Studie zeigt Licht & Schatten

Der Großteil der Eltern, deren Kind eine Nachmittagsbetreuung nutzt, ist damit weitgehend zufrieden (Durchschnittsnote 1,6). Bei der Hälfte dieser Schüler haben sie den Eindruck, dass so gut wie keine Nachhilfe mehr nötig ist.

Rund zwei Drittel der Schüler, an deren Schule es Förderunterricht gibt, nehmen daran zumindest hin und wieder teil. Die Mehrzahl der Eltern ist mit der Qualität zufrieden (Durchschnittsnote 2,1).

Wenn Eltern ihren Kindern daheim beim Lernen helfen müssen, sorgt dies für vielfältige Probleme: Bei einem Viertel der Schüler ist dies für die Eltern generell schwierig. Bei weiteren 9 % der Kinder trifft dies bei gewissen Fächern zu. Ein Drittel der Eltern gab an, dadurch zeitlich sehr oder ziemlich belastet zu sein.

7 von 10 Schülern mit Nachhilfe erhielten sie in

Mathematik, ein Drittel in einer Fremdsprache und ein Fünftel in Deutsch.

Pädagogen und Nachhilfe: Für 9 % aller Tiroler Schüler (8.000) wurde den Eltern von Lehrern eine externe Nachhilfe nahegelegt. Am häufigsten wird bezahlte Nachhilfe von Lehrern gegeben (42 %). Je rund ein Fünftel der Schüler mit bezahlter Nachhilfe erhält diese von einem Nachhilfe-Institut, von Studenten oder jemandem aus dem Bekanntenkreis.

Zur Studie

Von Ende Februar bis Anfang April 2016 führte das „IFES – Institut für empirische Sozialforschung GmbH“ im Auftrag der AK telefonisch eine bundesweit repräsentative Befragung bei Eltern von Schülern zum Thema „Nachhilfe“ durch. In Tirol wurde die Stichprobe im Auftrag der AK Tirol auf 400 Haushalte mit 679 Schülern aufgestockt.



Broschüre zur Weiterbildung

Lebenslanges Lernen lautet die Devise. Und so haben sich Bildungskarenz und Bildungsteilzeit längst zu wichtigen Instrumenten in der beruflichen Aus- und Weiterbildung entwickelt: Bei einer Bildungskarenz können sich Beschäftigte mit Einverständnis des Arbeitgebers für 2 bis 12 Monate freistellen lassen. Bildungsteilzeit ermöglicht für 4 bis 24 Monate Weiterbildung bei reduzierter Wochenarbeitszeit. Alle wichtigen Infos zum Thema finden Sie in der neuen AK Broschüre „Mehr Zeit für Weiterbildung“.

Einfach kostenlos anfordern unter 0800/22 55 22 – 1530 oder herunterladen auf ak-tirol.com

HAK Imst im 2. Bildungsweg

Arbeitnehmer, die sich im Oberland berufsbegleitend weiterbilden möchten, finden in der HAK/HAS für Berufstätige in Imst ein breites kostenloses Angebot – vom Basiskurs für Neu- und Wiedereinsteiger bis hin zum sechssemestrigen Kolleg für Wirtschaftsinformatik, das mit einer HAK-Diplomprüfung abschließt. Auch Handelsschulabschluss oder HAK-Matura sind möglich, und für Absolventen einer kaufmännischen Fachschule gibts einen Aufbaulehrgang, der den Einstieg ermöglicht. Durch Fernunterrichtsphasen findet der Unterricht nur an zwei bis drei Abenden pro Woche in der Schule statt.

Mehr Infos auf hak-imst.ac.at

Nachhilfe für Schülerinnen und Schüler in den Ferien

AK Sommerschule 1. - 26. August 2016

Termin

1. bis 26. August 2016
Unterricht täglich vormittags
2 Stunden pro Fach
(= 38 Unterrichtseinheiten)

Kosten

Für Kinder von
AK Mitgliedern:
195 Euro (1 Kurs)
295 Euro (2 Kurse)
Für alle anderen:
275 Euro (1 Kurs)
395 Euro (2 Kurse)

Anmeldung bis 15. Juli 2016

BFI Innsbruck, Ing.-Eitzel-Straße 7
Tel. 0512/59 6 60 bzw.
BFI Imst, Rathausstraße 1
Tel. 05412/63 8 05
BFI Kitzbühel, Rennfeld 13
Tel. 05356/63 6 99
BFI Kufstein, Arkadenplatz 4
Tel. 05372/61 0 87
BFI Landeck, Malsers Straße 11
Tel. 05442/62 8 29
BFI Lienz, Beda-Weber-Gasse 22
Tel. 04852/61 2 92-23
BFI Reutte, Mühler Straße 22
Tel. 05672/72 7 28
BFI Schwaz, Münchner Straße 20
Tel. 05242/66 0 63.

Information

BFI Tirol · Ing.-Eitzel-Straße 7
6020 Innsbruck · Tel. 0512/59 6 60
info@bfi-tirol.at · www.bfi.tirol

Deutsch

Mathematik

Latein

Englisch

Rechnungswesen

Französisch

Italienisch

Jetzt anmelden!

Für Schülerinnen und Schüler ab der 5. Schulstufe, von Neuen Mittelschulen, Allgemeinbildenden sowie Berufsbildenden mittleren und höheren Schulen.

Organisatorische Hinweise: Ein Kurs kann erst nach Zustandekommen der Mindestteilnehmerzahl gestartet werden. Ein Fixplatz kann bis zur endgültigen Gruppeneinteilung nicht garantiert werden. Bei der Gruppeneinteilung wird versucht, Schülerinnen und Schüler mit gleichen oder ähnlichen Lernzielen zusammen zu fassen.

NEWS ANGEBOTE

FamilyApp für den Sommer

Die FamilyApp des Familienministeriums bietet über das Handy Eltern Unterstützung bei der Suche nach der passenden Ferienbetreuung für ihre Kinder. Die Projekte können von den Anbietern unter familieundberuf.at kostenlos eingetragen werden. Diese zentrale Online-Plattform ermöglicht es Eltern, aus einem größeren Pool an Betreuungslösungen zu schöpfen und damit das passende Angebot für die eigenen Bedürfnisse und die Wünsche ihrer Kinder zu finden. Die FamilyApp kann über den jeweiligen App-Store kostenlos heruntergeladen werden und bietet nicht nur Betreuungslösungen für den Sommer, sondern für Ferienzeiten über das ganze Jahr hinweg.



JETZT ANMELDEN

AK Ferienaktion: Restplätze sichern

Für die AK Ferienaktion können für einzelne Wochen noch Restplätze gebucht werden: Für das **Fantasielager** vom 31. Juli bis 5. August für 7- bis 11-Jährige mit Übernachtung am Seehof auf der Hungerburg in Innsbruck (Kosten: 100 Euro). Für die **Salzburgwoche 1** vom 23. bis 30. Juli für 9- bis 11-Jährige und für die **Salzburgwoche 2** vom 6. bis 13. August für 12- bis 14-Jährige (150 Euro) mit Übernachtung in Eben i. P. inkl. gemeinsamer Hin- und Rückreise mit dem Bus. Ebenso gibt es für 7- bis 11-Jährige noch Plätze für das **Naturcamp** auf der Kronburg bei Zams vom 17. bis 23. Juli (150 Euro) sowie für die **Musikwoche** vom 21. bis 27. August für 11- bis 14-Jährige. Untergebracht sind die Kinder hier im Jufa-Hotel in Steinach am Brenner (150 Euro, inkl. Hin- und Rückreise).

Bei Interesse bitte rasch anmelden unter 0800/22 55 22 - 1282.

Profis der AK Lienz im Dauereinsatz

Rat & Service. „Auf unsere Bezirkskammern ist Verlass“, sagt AK Präsident Zangerl: „Die Kammerräte und Mitarbeiter sind kompetent, engagiert und immer um menschliche Lösungen bemüht. So auch in der AK Lienz.“

Ob im Bereich des Arbeits-, Sozial-, Konsumenten-, Wohn- oder Steuerrechts, in Fragen der beruflichen Aus- und Weiterbildung oder bei Pensionen – die AK Lienz zeichnet einen Ansturm an persönlichen und telefonischen Anfragen. AK Präsident Erwin Zangerl liegt die Osttiroler Bezirkskammer besonders am Herzen: „Rasch, engagiert und professionell helfen die Kammerräte und Mitarbeiter unseren AK Mitgliedern. Gerade wenn es um die Sorgen und ums Recht geht, brauchen die Beschäftigten einen wirksamen Schutz.“

„Wir sehen uns als zentrale Anlaufstelle für Fragen und Probleme jeglicher Art. Die Funktionäre und Mitarbeiter sind mit vollem Einsatz

bemüht, menschliche Lösungen für jeden Einzelfall zu finden“, sagt Wilfried Kollreider, der Leiter der AK Lienz.

Knapp 19.000 Mal halfen die Experten im Vorjahr mit Rat und Recht, in persönlichen oder telefonischen Beratungen. Spitzenreiter sind weiterhin Probleme im Job: Wenn etwa die Gehaltszahlung ausbleibt, Überstunden falsch oder gar nicht abgegolten werden oder bei unberechtigten Entlassungen. Notfalls geht es auch bis vors Gericht. Hilfe gibts aber auch bei Fragen rund um die Karenz oder zur Pension, zu Aus- und Weiterbildung oder Miet- und Wohnrecht. Und wenn sie befürchten, als Konsument in eine Falle getappt zu sein, finden die Osttiroler Mitglieder Rat



Das engagierte Team der AK Lienz: Judith Tabernig, Mag. Daniel Hainzer, Katrin Bodner, Meinhard Pargger (hinten v. li.), Irene Abl, Bezirksstellenleiter Mag. Wilfried Kollreider und Ursula Hofmann (vorne v. li.)

und Unterstützung in ihrer AK vor Ort. Die Bezirkskammer Lienz ist auch zu einem beliebten Treffpunkt geworden. Hunderte Arbeitnehmer haben bereits Veranstaltungen zu verschiedensten Themen besucht: Ob Ausstellungen, den Steuerspartag oder zahlreiche Infoabende.

AK LIENZ

Das Team der Lienzer AK ist für persönliche Anliegen in der Beda-Weber-Gasse 22 von Mo. bis Fr. von 8 bis 12 Uhr sowie Mo. von 14 bis 16 Uhr und Mi. von 13 bis 17 Uhr erreichbar. Telefonische Hilfe gibt es Mo. bis Fr. von 8 bis 12 Uhr und Mo. bis Do. von 13 bis 16.30 Uhr (kostenlose Hotline 0800/22 55 22 - 3550).

TERMINE ZUM VORMERKEN

AK LIENZ

• **Auszeit für Weiterbildung**

Di. 21. Juni, 18.30 Uhr ▶ Seite 8

AK IMST

• **Marleen van Barmen 't Loo**

Vernissage „Liebe zur Natur“
Fr. 24. Juni, 20 Uhr

IMPRESSUM

AK TIROLER ARBEITERZEITUNG - AK AKTUELL

Zeitung für Arbeit und Konsumentenschutz der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
Medieninhaber und Herausgeber:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol,
6020 Innsbruck, Maximilianstraße 7
Redaktion: Dr. Elmar Schiffkorn, Mag. Christine Mandl,
Gertraud Walch, Mag. Henrik Eder, Armin Muigg
Fotos: AK, www.fotolia.com
Druck: Intergraphik GmbH, 6020 Innsbruck,
Ing. Etzelstraße 30

Die von der AK Tirol angebotenen Leistungen kommen ausschließlich ihren Mitgliedern zugute. Soweit personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise.

Bewährtes Schutzhaus

Bilanz 2015. 328.980 Beratungen und rund 16,2 Millionen Euro für Tirols Beschäftigte erkämpft: Die AK ist wichtiger denn je.

Was den mehr als 300.000 Tiroler Beschäftigten im Alltag so widerfährt, spiegelt die Bilanz der AK Tirol für das vergangene Jahr mit insgesamt 328.980 Beratungen wider.

Täglich finden in der AK Tirol im Schnitt 1.300 Beratungen in Innsbruck und in den Bezirken statt! Unterm Strich erkämpfte die AK Tirol 2015 mehr als 16,2 Millionen Euro für Betroffene. Rund ein Drittel der 328.980 Beratungen, nämlich 105.000, betraf das Arbeitsrecht, 65.760 entfielen auf den Konsumentenschutz, weitere 47.760 auf das Sozialrecht, knapp 20.000 auf das Miet- und Wohnrecht und weitere 20.000 auf Wirtschafts- und Steuerfragen. 18.610 Beratungen wurden im Betriebs-service geleistet, rund 13.000 in

Lehrlings- und Jugendfragen, weitere 16.000 Anfragen drehten sich um die Aus- und Weiterbildung. Mehr als 8.100 Beratungen betrafen persönliche Schicksalsschläge, die im AK Unterstützungsfonds betreut werden. Diese Zahlen haben sich innerhalb von zehn Jahren um mehr als ein Drittel erhöht!

Und leider bedurfte es auch im abgelaufenen Jahr wieder in tausenden Fällen einer Intervention durch die AK Experten oder des Rechtsschutzes für die Klage bei Gericht, damit AK Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen werden konnte. Unterm Strich erkämpfte die AK Tirol 2015 mehr als 16,2 Millionen Euro für Betroffene. Ganz zu schweigen von den zig Millionen Euro, die sich die Mitglieder durch prophylaktische Beratung erspart haben.

In einer Zehn-Jahres-Rückschau zeigt sich, dass die Zahl der Ratsuchenden um mehr als ein Drittel gestiegen ist. Deshalb wurde auch in den letzten Jahren das Angebot massiv erweitert. Eine eigene Wohn- und Mietrechtsberatung wurde geschaffen, das Betriebs-service für die Betriebsräte und für Krisenintervention in den Betrieben eingeführt. Gleichzeitig fand eine großangelegte Regionalisierungsoffensive in den Bezirken statt. Mit den mehr als 2,3 Mio. Euro an Direktförderungen für Bildungs- und Ausbildungsbeihilfen und dem Unterstützungsfonds sowie den Rückenwind-Projekten, den Nachhilfe- und Ferienaktionen und mehr als 120 Informationsveranstaltungen in allen Bezirken pro Jahr ist die AK für die Mitglieder wichtiger denn je.

INFOS JUGENDPROJEKT

Mit Rückenwind durch Europa

Ihr wollt dem Alltag für einige Wochen entfliehen? Bei außergewöhnlichen Jugend-Projekten Land, Leute und Kultur kennenlernen? Dann meldet euch rasch an für AK Rückenwind.

In Ungarn (27. Juni bis 20. Juli) helfe ihr, einen Wanderweg instand zu halten, und schult dabei euer handwerkliches Geschick. In Finnland (27. Juni bis 24. Juli) organisieren Jugendliche aus verschiedenen Ländern einen Reitwettbewerb, und in Spanien (Juli bis August) warten Gemeinschaftsgärten darauf, bepflanzt, gepflegt und abgeerntet zu werden.

Alle Arbeiten und deren Ergebnisse kommen der Gemeinschaft vor Ort zugute. Die Teilnahme ist kostenlos. Unterkunft, Verpflegung, Reise und Spachkurs werden vom EU-Programm Erasmus+ und der AK Tirol finanziert.

Mehr Infos unter 0800/225522 - 1212 oder rueckenwind@ak-tirol.com